

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Gesamtpreiser: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 8. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Gesamtpreiser: Amt I. Nr. 5121.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf., Sonntags-
Nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
eingetragene in der Post-Bestellungs-
Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montage.

Die Inserations-Gebühren
betragen für die sechspaltige Kolonne
zwei oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
für das erste Wort frei. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Das Krisenjahr im Ausland.

Die Deutschland litt auch England im abgelaufenen Jahr unter einem wirtschaftlichen Rückschlag. Die Einfuhr der ersten elf Monate bleibt um ungefähr 32 Millionen Mark gegen die des Vorjahres zurück, die Ausfuhr sogar um 282 Millionen Mark. Und noch weit ungünstiger als diese bloßen Ziffern anzeigen, stellt sich der Rückgang dar, wenn man vergleicht, bei welchen Haupthandelsartikeln eine Abnahme oder Zunahme stattgefunden hat; es zeigt sich dann, daß besonders die Einfuhr von Rohstoffen, vornehmlich von Rohstoffen der Textilbranche, abgenommen hat, während die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Fabrikaten, speziell Eisenwaren, gestiegen ist: eine Thatsache, die beweist, daß die Thätigkeit der Industrie zurückgeht. Dagegen betrifft die Abnahme der Ausfuhr vornehmlich Stein- und andere Brennstoffe, infolge des zur Deckung der Kriegskosten eingeführten Kohlen-Ausfuhrstopps, sowie Eisen- und Eisenwaren. Die scharfe Konkurrenz der deutschen Eisenindustrie, die in dem letzten Halbjahr große Mengen ihrer Erzeugnisse nach dem englischen Markt abgesetzt hat, dazu der Zusammenbruch der amerikanischen Kupfer-Grafschaften und das Falliment einiger größerer Metallfirmen haben gegen Ende des Jahres einen Preissturz auf dem Metallmarkt hervorgerufen, dessen Wirkung auf die Londoner Metallbörse an Panik grenzte.

Weniger berührt worden ist von der Krise der Handel **Stellen** und **Frankreichs**. Die Ausfuhr des letzteren Landes in den Monaten Januar bis November übertraf sogar die derselben Periode des Vorjahres um 94, die Einfuhr die des Jahres 1900 um 40 Millionen Francs. Inzwischen zeigten sich in **Oesterreich** dieselben wirtschaftlichen Erscheinungen wie in Deutschland. Die Preise für Eisenwaren und Maschinen sind enorm gefallen, den Fabriken fehlt es an Aufträgen, der Export nach dem Auslande hat fast aufgehört und von allen Seiten werden Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen gemeldet, so daß sich der österreichische Eisenbahnmünster, ähnlich wie der deutsche, veranlaßt gesehen hat, größere Lieferungsverträge für die Staatsbahnen in Aussicht zu stellen.

Schwerer noch lastete die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse auf **Russland**, dessen junge Industrie nicht nur durch die Krise hart mitgenommen ist, sondern das auch in seinen südlichen und westlichen Gebieten eine mehr oder weniger beträchtlich unter dem Durchschnitt zurückbleibende Ernte hatte. Die sibirische Eisen- und Kohlenindustrie hat sich zu bedeutenden Betriebsbeschränkungen und -Einsparungen genötigt gesehen, und ebenso schlicht sieht es um die mit der Standard Oil Company um ihre Existenz kämpfende russische Petroleum-Industrie; ferner die Preise in Watu fast auf ein Drittel der Höhe gesunken, auf der sie im Herbst vorvorjahren Jahres standen. Auch aus **Sibirien** wird über die schlechte Wirtschaftslage geklagt, und selbst in **Finnland** macht sich die Krise geltend. Die Getreide-Ernte ist hier zwar besser als im Süden Russlands ausgefallen, dafür aber leidet der bedeutende Holzexport Finnlands unter dem starken Rückgang der Holzpreise in England, Frankreich und Deutschland, und zugleich hat die Vorratshaltung beträchtlich abgenommen, da ein Teil der angebauten Futtermittel mangelte. Nur in seinem Handelsverkehre mit den asiatischen Nachbarländern, vornehmlich mit Persien, kann Rußland auf einen gewissen Erfolg zurückblicken, der jedoch zu nebensächlich ist, um auch nur teilweise die Verschlechterung der Wirtschaftslage anderer Gegenden ausgleichen zu können. Ueber die Gestaltung der Ein- und Ausfuhr in den letzten Monaten fehlen noch zuverlässige Angaben; soweit sich nach den Ergebnissen der ersten acht Monate des vergangenen Jahres beurteilen läßt, wird die Einfuhr eine beträchtliche Abnahme, die Ausfuhr eine schwache Steigerung gegenüber dem Jahre 1900 aufweisen. Die Abnahme des Imports betrifft besonders Eisen- und Stahlwaren, Maschinen und Textilergänzungen; die Zunahme des Exports Getreide, Butter, Eier und andre landwirtschaftliche Produkte. Eine Besserung der Notlage ist in dieser Steigerung der Ausfuhr nicht zu erblicken; sie erklärt sich vielmehr daraus, daß der Bauer, mag er auch selbst hungern, alles, was er nur irgend vermochte, zu Markt gebracht hat, um sich für die Steuern und sonstigen nötigen Ausgaben Geld zu verschaffen.

Im Gegensatz zu den wichtigeren Ländern Europas können die **vereinigten Staaten von Nord-Amerika**, die sich immer mehr zu einem anschlagernden Faktor im internationalen Wirtschaftsgebiete entwickeln, mit einer gewissen Befriedigung auf das vergangene Jahr zurückblicken. An allerlei kleinen Anzeichen einer auch dort heranziehenden Krise hat es zwar nicht gefehlt, und besonders haben die Preismanipulationen der 1899 von der Rockefeller'schen Standard Oil-Panik und dem Morgan'schen Bankhause gegründeten „Amalgamated Copper Company“ wiederholt plötzliche Kursstürze an der New Yorker Börse hervorgerufen, eine andauernde unangünstige Beeinflussung des Metallmarktes aber vermochten diese Vorfälle nicht zu bewirken. Vornehmlich die Eisen- und Stahlindustrie ist voll beschäftigt und zumeist noch auf Monate mit Aufträgen versorgt, zum Teil infolge der in Angriff genommenen weiteren Ausdehnung des Schienennetzes und der angespannten Thätigkeit im Schiffbau.

Ebenso findet die Textilindustrie, die Woll- wie die Baumwoll-Produktion, für ihre Erzeugnisse guten Absatz; und dazu kommt, daß der Weizen, dessen Erntemenge die reichste war, die das Land bisher gehabt hat, trotz der reichlichen Zufuhren in der letzten Zeit höher im Preise stand als im Vorjahr, da die geringen Ernten verschiedener europäischer Länder eine starke Nachfrage hervorgerufen haben. Auch für Vieh und Fleischprodukte werden, obgleich die Einfuhr von Vieh, speziell von Schweinen, in den westlichen Centralplätzen eine ungewöhnlich reichliche ist, hohe Preise erzielt. Kurz, sowohl für die Industrie wie für den Farmer liegen bisher die Verhältnisse günstig, wenn auch die geringere Rendite dem letzteren manchen Einahme-Anfall gebracht hat.

Diese günstige Geschäftslage, die auch in einer bedeutenden Vermehrung der Gütertransporte auf den Eisenbahnen ihren Ausdruck findet, hat nicht nur Veranlassung gegeben zu einer Reihe weiterer Zusicherungen auf industriellen Gebiete, sondern auch zu verschiedenen Reorganisationen amerikanischer Bahnen, unter denen die „Northern Securities Company“, die neben der „Northern Pacific“ und der „Great Northern“ mehrere andre, westliche Eisenbahnen umfaßt, die bedeutendste und interessanteste ist, da sie eine Anzahl der

wichtigsten Eisenbahnlinsen kontrolliert, und andererseits, um das Verbot einer Verschmelzung verschiedener Eisenbahnsysteme zu umgehen, den Ausweg gefunden hat, daß nicht direkt die Verwaltung centralisiert wird, sondern jede Bahn ihre eigene Verwaltung resp. rechtliche Unabhängigkeit behält und nur die Titres in bestimmten Händen (eben der Northern Securities Co.) vereinigt werden. Zum Zweck des Ankaufs dieser Titres werden Bonds ausgegeben, die teils direkt gegen Aktien der betreffenden Bahnen umgetauscht, teils an das Publikum abgegeben werden, worauf dann der Erlös zum Aktienankauf verwendet wird. Dieser Truss ist also im eigentlichen Sinne kein „Eisenbahntrust“, sondern nur ein „Aktientrust“, der jeder Bahn nominell ihre Selbständigkeit läßt; thätlich hat natürlich der, der die Aktien besitzt, auch die Kontrolle.

Welche Macht die amerikanischen Trusts erlangt haben, beweist die Wertschätzung des amerikanischen Volkes die Verschmelzung gegen die monopolistische Preispolitik der Trusts im Steigen ist, hat Mr. Roosevelt es für angebracht gefunden, den „industrial combinations“ ein Loblied zu singen. Nur einen Fehler weiß er an ihnen zu entdecken: die Ueberkapitalisierung, d. h. die Ausgabe von Trustcertifikaten in einer derartigen Anzahl, daß ihr nomineller Wert den wirklichen Wert der Anlagen oft um das Drei- und Vierfache übersteigt. Auch die von Roosevelt den Bestrebungen auf eine Reduktion des Zolltarifs gegenüber eingenommene Haltung ist wesentlich auf den Einfluß der Trustcompagnien zurückzuführen; denn die Abschließung des Inlandsmarktes oder doch zum wenigsten die Behinderung auswärtiger Konkurrenz durch ein entsprechendes Prohibitivsystem ist eine der wesentlichsten Vorbedingungen für die Willkürherrschaft der Trusts und Syndikate.

Der glänzenden Geschäftslage scheint zu widersprechen, daß in den Monaten Januar bis Ende November die Einfuhr um 40 Millionen Dollar gegenüber dem Vorjahre (von 760 auf 800 Millionen) zugenommen hat, während die Ausfuhr um 3 1/2 Millionen Dollar (von 1332 auf 1328 1/2 Millionen) zurückgegangen ist; thätlich aber liefern diese Ziffern gerade den Beweis für die Prosperität. Die Zunahme der Einfuhr ist nämlich auf einen gesteigerten Konsum feinerer Fabrikate und fremder Nahrungsmittel, vielfach Luxusartikel, zurückzuführen; und die Verminderung der Ausfuhr entspringt nicht etwa aus Nahrungsmitteln und Rohstoffen, sondern ausschließlich auf Industriewaren, da sich für diese auf dem amerikanischen Inlandsmarkt mit seinem hohen Preisstand ein weit vorteilhafterer Absatz bot, als auf den Auslandsmärkten mit ihren durch die Krise herabgedrückten Preisen. Im Jahre 1900 belief sich z. B. von Anfang Januar bis Ende Oktober der Export von Rohstoffen auf 376,3 Millionen Dollar, im letzten Jahre nur auf 332,1 Millionen Dollar.

Ob allerdings in dem Jahr, das eben begonnen hat, dieser gute Geschäftszustand anhalten wird, ist eine andre Frage. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, wird auch die nordamerikanische Union ihre Krise haben, und zwar eine weit plöthlichere, das gesamte wirtschaftliche Leben tiefer anwachsende Krise, als die, unter der Deutschland gegenwärtig leidet. Die kapitalistische Centralisierung der Betriebe, wie sie die Trustierung darstellt, hat, entgegen den weisen Prophezeiungen mancher Theoretiker, schon heute den Beweis geliefert, daß sie nicht der Ueberproduktion vorzubeugen vermag; sie dürfte, wenn der Rückschlag erfolgt, auch den Beweis erbringen, daß sie der wirtschaftlichen Erschütterung noch weniger Widerstand zu bieten vermag, wie eine Organisation der Industrie in einer Reihe selbständiger Betriebe mit besonderen Abfahrtsreisen. Die panikartige Deroute, die in den letzten beiden Jahren bereits kleine Veränderungen der Geschäftslage einzelner Trusts an der Fondsbörse hervorgerufen haben, stellen in dieser Hinsicht kein günstiges Prognostikon. Selbst den einsichtigeren Kapitalistenkreisen wird bange, wenn sie die weitere Entwicklung betrachten. So heißt es z. B. im Bericht der Hamburger Handelskammer:

Zweifellos verdankt die amerikanische Industrie ihre Erfolge in nicht geringem Maße den Trusts, deren Pflanzstätte die Vereinigten Staaten sind, und die nirgends einen solchen Umfang erreicht haben und mit so riesigen Kapitalien ausgestattet sind, wie dort. Ob nicht aber gerade die weitgehende Ausbildung, welche diese Geschäftsform dort gefunden hat, Gefahren in sich birgt, die der so organisierten Industrie verhängnisvoll werden können, muß die Zukunft lehren.

Zum Schluß möchten wir einen Blick nach **Ostasien** werfen. Der Norden **Chinas** leidet noch demnach unter den Nachwirkungen des Krieges, daß dort der Handel völlig stockt, aber auch im Süden läßt sich ein Rückgang der Handelsbeziehungen konstatieren. Die angeblich zum Schutze des Handels und zur wirtschaftlichen Erschließung des Landes unternommene kriegerische Expedition hat statt den gegenseitigen Verkehr zu fördern, zu dessen Verminderung geführt, und die zur Erleichterung der Zinszahlung und der Amortisation der Kriegsschuld vorgenommene Erhöhung der Sezölle auf 5 Prozent vom Wert der Einfuhrwaren erweist sich als eine derartige Schädigung des Handels, daß man in einzelnen Hafenplätzen schon wieder zu spezifischen Völlen zurückgegriffen hat.

Kann weniger leidet **Japan** unter den Folgen des Krieges; denn die Lage in China hat seinen bedeutenden Export dorthin fast lahmgelegt, da gerade in den nördlichen chinesischen Provinzen Japan bisher ein gutes Absatzgebiet für seine junge Industrie fand. Die Beeinträchtigung, die sein Wirtschaftsleben hierdurch erleidet, vermag die gute Seiden- und Weidernte nur zum Teil auszugleichen. Hinzu kommt eine zunehmende Verschlechterung der Finanzen, welche die Regierung zur Herabsetzung des Budgets und wahrscheinlich zur Aufnahme neuer Anleiheverbindungen zwingen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Januar.

Das Junterparlament.

Der preussische Landtag tritt Mittwoch nach einer Pause von mehr als acht Monaten wieder zusammen. Am 3. Mai vorigen Jahres wurde die letzte Session ganz plötzlich geschlossen, weil sich die Regierung „von einer zwecklosen Beratung der Kanalvorlage keinen Erfolg versprechen und daher zu einer solchen die Hand nicht bieten konnte“. Wenige Tage

später erfolgte dann der große Wechsel in der Zusammenfassung des Staatsministeriums: die Herren v. Miquel, Freiherr v. Hammerstein und Bresselt erhielten ihren Abschied. Der bisherige Polizeiminister Frhr. v. Rheinbaben trat das Erbe Miquels an, sein Nachfolger wurde ein Freiherr v. Hammerstein; an die Stelle des Herrn Bresselt trat Herr Möller als Handelsminister, und der damalige Staatssekretair im Reichspostamt, v. Bobbielski, übernahm das Landwirtschaftsministerium. Ein neuer Geist ist mit diesen neuen Männern nicht in die Regierung eingezogen. Die Namen Rheinbaben, Bobbielski, Möller bieten den Parteipolitikern und den Vertretern einer einseitigen Interessenspolitik die genügende Gewähr dafür, daß sie nach wie vor die Tribüne des Landtags als die Stätte betrachten dürfen, von der herab sie ihre volksausbeutenden und volksunterdrückenden Pläne verkünden dürfen, ohne daß die Regierung ihnen Widerstand zu leisten wagt. Die Regierung, die das Dreiklassen-Wahlrecht als das festeste Bollwerk gegen den Umsturz betrachtet, ist in Preußen zum willenlosen Werkzeug in der Hand der Agrarkonservativen geworden. Wie die Junker pfeifen, so tanzen die Minister unter der Führung des Grafen Bülow. Keinem Wunsche der „kleinen, aber mächtigen Partei“, und mag er noch so sehr dem Interesse der Gesamtheit widersprechen, wagt die Regierung, entgegenstehenden Widerstand entgegenzusetzen. Werfen die Junker der Regierung eine wichtige, dem Kulturbedürfnis entsprechende Vorlage vor die Füße, so bescheiden sich die Minister um des lieben Friedens willen. Verlangen die Junker Unterstüßungen auf Kosten der Gesamtheit, so bringen sie ihnen die Minister auf dem Präsentierteller dar. Kurz, es giebt wohl in der ganzen Welt kein Parlament, das eine so einseitige Vertretung nacktester Klasseninteressen darstellt, und in dem eine einzige Klasse so sehr in eigenem Nutzen schaltet und waltet, wie das preussische Junkerparlament.

Welche Vorlagen in der neuen Session zu erwarten sind, wird aus der Thronrede hervorgehen, mit der der Landtag eröffnet wird. Vermutlich wird die Session nur von kurzer Dauer sein, da Graf Bülow in seinem Streben, innere Konflikte zu vermeiden, nicht zu gleicher Zeit im Reichstage den Wuchertarif und im Landtage etwa die Kanalvorlage vertreten will. Zu ausförenden Debatten dürfte es daher nur vereinzelt kommen, so vielleicht bei der zu erwartenden Interpellation über die Polenpolitik. Trotzdem wird die Arbeiterklasse, die ja im Landtag unvertreten ist, die Verhandlungen dieses Parlaments mit Aufmerksamkeit verfolgen und ihr ganz besonderes Augenmerk auf die Abmachungen hinter den Coulissen richten, die von jeder eine große Rolle im Landtage gespielt haben. Die Vorgänge im Junterparlament werden der Arbeiterklasse Stoff genug bieten, um ihr die Gemeinshädlichkeit der herrschenden Parteien vor Augen zu führen und sie zu eifrigem, unermüdetem Kampfe gegen ihre Todfeinde anzufeuern.

Nach dem Althoff-Essen.

Nachdem der gegenwärtige Rektor der Universität Berlin, Herr Rektör von Stradonitz, sich bei dem Althoff-Essen und der Schmolz'schen Rede begeisterte Kraft eingefloßt, ging er hin und — **Wisse den Socialwissenschaftlichen Studentenverein auf!** Die „große“ Freiheitsbewegung der Professoren endigt mit der Maßregelung einer Studentengruppe, deren Verbrechen es ist, in ersterer Weise sich mit den Fragen der Zeit zu beschäftigen, anstatt daß sie — wie die große Mehrheit des neudeutschen Studententums — in dem streng nationalen und patriotischen Idealismus des Mensurwesens, des Saufmoments und der — „Weiber“-Vertehrung ausgehen. In der That zeigte der Socialwissenschaftliche Studentenverein in der trostlosen Oede des akademischen Nachwuchses das hellere Bild ehrlcher Vernünftigen um tiefere Bildung, Vernünftigen, denen auch die gegnerische Socialdemokratie ihre Achtung nicht zu verweigern braucht.

Judeßen im Reiche Althoff ist man in dem Viktuosentum der Opportunität glücklich wieder zu den Demagogen verfolgen gelangt. Wie in der Wetternichtigkeit jeder Student schwer bestraft wurde, der von deutscher Einheit zu träumen wagte, so trifft heute der Mann den Akademiker, für den die sociale Frage etwas mehr als ein leeres Spiel oder eine dunkelmännische Heuchelei ist. Indessen Herr Althoff ist dennoch ein großer, freier, tapferer Mann, wie es endlich auch an der Zeit ist, den Schmalz und Kämpf, den lange Verleumdungen, die gebührenden Denkmäler zu setzen, von denen der erste der erste Rektor der Berliner Universität war und durch den Kampf gegen den umstürzlerischen, weil napoleonfeindlichen Tugendbund sich hoch verdient gemacht hat, während der andre eine führende Rolle in der Verfolgung der hochverräterischen Rolle der für die deutsche Einheit begeisterten Studenten inne hatte. Unser heutigen Universitätsgewaltigen sind in der That die würdigen Nachfolger der Schmalz und Kämpf, nur sind sie glücklicher als jene, weil sie außer dem einen Michaelis keinen Gegner haben und nicht Gefahr laufen, daß die Jenisse ihrer opportunistischen Viktuosität auf einem neuen Wartburgfest schimpflich verbrannt werden.

Als Grund der Auflösung des Socialwissenschaftlichen Studentenvereins wird ein Verstoß gegen den § 41 der Disziplinar-Verfügung für Studierende angegeben. Dieser Paragraph besagt die Disziplinare, behördliche, Vereine, deren Bestehen die akademische Disziplin gefährdet, vorübergehend oder dauernd zu verbieten. Die Gefährdung der Disziplin hat die Behörde in folgendem Vorgang gefunden: Der Verein beabsichtigte wie in jedem Semester auch diesmal mehrere Frauen zu Vorträgen heranzuziehen. Jedoch verbot

der Rektor, Herr Kukul von Stradonitz, im Gegensatz zur Praxis seines Vorgängers, die angeforderten Vorträge der Schriftstellerinnen Walli Jopler und Käthe Schirmacher mit der klassischen Motivierung: „Was Ihnen Frauen sagen können, können Ihnen ja Männer viel besser sagen“.

Eine Umgehung dieser Verbote findet nun der Herr Rektor darin, daß der Verein zum nächsten Freitag eine Mitgliederversammlung einberief, die sich mit mehreren Problemen der Frauenfrage beschäftigen sollte. In der Ankündigung dieser Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß jedem — auch Frauen — die Beteiligung an der Diskussion freistünde. Wie verlautet, ist gegen das Dekret des Rektors Beschwerde beim Ministerium eingelegt.

Mit dieser Auflösung ist endlich ein Herzenswunsch des verstorbenen Reichert v. Sturm erfüllt, der von der Tribüne des Abgeordnetenhauses aus gegen den Socialwissenschaftlichen Studentenverein wettete, ihn als eine Pflanzschule socialistischer Ideen bezeichnete und gebieterisch seine Auflösung forderte. Wird nun der social interessierte Teil der Berliner Studentenschaft, wenn das Ministerium dem Herrn Rektor in seinem selbst vom Standpunkt der Disziplinardisziplin zweifellos ungerechtfertigten Vorgehen zur Seite stehen sollte, sich für alle Zukunft die Organisationsmöglichkeit abschneiden lassen?

Werden sich Herr Rommjen oder seine „Voraussetzungslosen“ zur Wehr setzen gegen dieses Ausnahmefesetz, das bestimmt ist, jedes ideale Interesse im deutschen Studententum zu ersticken? Und was werden die Frauen zu dieser schweren Niederlage sagen, daß sie nicht würdig sind, zu lehren und zu wirken?

Wir fürchten, daß Herr Rommjen's Virtuosität des Opportunismus bereits alle Widerstandskraft zu sehr erweicht hat, als das etwas Ensthaftes zu erwarten wäre. Man wird eine Zeitlang raisonnieren, aber gehorchen! Und es wird nicht einmal nötig sein, Herrn Robbielotti zum Kultusminister zu berufen.

Der reaktionäre Kaiser- und Kirchengeist feiert unter dem Regime des ebenso modernen wie liberalen Grafen Bülow seine wüsten Orgien. Die bürgerliche Gesellschaft und ihre Klassenvertretung bemähen sich, den letzten Rest von moralischem und intellektuellem Ansehen abzustreifen. Das an sich geringfügige Zwischenspiel dieses Verbots eines Studentenvereins gewinnt in diesem Zusammenhang des jähen Auflösungsprozesses eine gewisse Bedeutung. Der Socialismus aber erscheint in immer stärkerem Glanze als der Erlöser und Kulturbringer in einer verderbten, arm-seligen Zeit.

Deutsches Reich.

Der Zollkampf.

Als Zoll-Kassandra sprach am Sonntag in Mannheim der national-liberale Abgeordnete Wasserfallmann. Herr Wasserfallmann sieht die Regierungsvorlage, der er selbst zustimmt, noch sehr fern von der Verwirklichung. Er prophezeit die künftige Entwicklung des Zollkampfes also:

Thatsache sei, daß im Reichstage eine Zweidrittelmehrheit für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle vorhanden ist, jedoch wolle ein großer Teil dieser Mehrheit über die Regierungsvorlage hinausgehen. Für diese sei nur die Mehrheit der National-liberalen und des Centrums nebst den Polen und Estländern. Zur Mehrheit fehlten noch 20 bis 30 konservative Stimmen. Ob diese zu erhalten sind, sei fraglich. Wenn aber auch schließlich eine kleine Mehrheit im Reichstage für die Regierungsvorlage vorhanden wäre, so werde diese voraussichtlich an der Klippe der Obstruktion scheitern. Die Opposition könne über jede der ca. 1000 Positionen namentlich abstimmen lassen, und solche, mehrere Monate dauernde namentliche Abstimmungen könne selbst der aperfechteste Reichstags-Abgeordnete nicht aushalten. Nur durch Gewährung von Diäten könne die Klippe der Obstruktion umschifft werden. Reuber glaubt sicher, daß der Zolltarif bis zur nächsten Reichstagswahl nicht erledigt ist, und dieser die Wahlparole bilden werde, wobei das deutsche Volk in seinen tiefsten Tiefen aufgeregt werde, und zwar nach der unangenehmsten Seite, der materiellen hin.

Herr Wasserfallmann hat recht, die Erregung des Volkes durch die Zollfrage ist sehr „mangenehm“. Wer aber ist der Erreger? Niemand sonst als die Buderpartei, eingeschlossen die national-liberale Partei des Herrn Wasserfallmann, welche die materielle Verleumdung des Großgrundbesitzes und der Großindustrie durch Ausweitung der arbeitenden Klassen betreibt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ malt sich die Zollzukunft etwas anders als Herr Wasserfallmann. Sie meint, die Mehrheit des Centrums werde nicht unbedingt für die Regierungsvorlage eintreten, sondern über sie hinausgehen. Die „Deutsche Tageszeitung“ zieht jedoch nicht den Schluß aus ihrer Betrachtung, daß alsdann für keinerlei Gehalt des Zolltarifes eine Mehrheit im Reichstage vorhanden sein würde, wenn nicht auch wenigstens ein Teil der National-liberalen gleichfalls den agrarischen Erhöhungsforderungen Folge leistet.

Eine Anzahl anderer Blätter, wie die „B. R. R.“ und die „Tägliche Rundschau“ fordern die Zollpartei dringend auf, die weitergehenden Wünsche zurückzustellen und sich einzig auf die Vorlage der Regierung zu konzentrieren.

Mit der venezolanischen Pfändung

Scheint die deutsche Regierung sich vernünftigerweise Zeit nehmen zu wollen. Der 7. Januar sollte ja nach den amerikanischen Rechnungen Venezuela als Endtermin der von Deutschland gestellten Bedenkzeit bestimmt worden sein, so daß an diesem Tage, sofern Venezuela die deutschen Forderungen nicht erfüllt habe, die deutsche Truppenlandung erfolgen sollte. Demgegenüber behaupten jetzt angeblich aus offizieller Quelle schöpfbare Blätter, daß Deutschland Venezuela weder ein Ultimatum, noch eine Unterwerfung, freist gestellt habe. Vielmehr sei man in leitenden Kreisen der Ansicht, daß die Unterhandlungen sich noch längere Zeit hinziehen könnten, zumal Venezuela die deutschen Forderungen noch gar nicht anerkannt habe. Auch sei der an die venezolanische Küste beorderte Kreuzer „Gazelle“ noch gar nicht reisefertig.

Hoffentlich steigert sich im Laufe der Zeit die Gelassenheit der deutschen Regierung zu der Einsicht, daß es nur im Interesse des deutschen Kapitals liegt, jeden Konflikt zu vermeiden, da die Entfaltung militärischer Schnelligkeit nur den konkurrierenden amerikanischen und englischen Finanzkreisen zu statten kommen würde.

„Kanal ist Unsinn“. Die „Allnische Zeitung“ rechnet damit, daß die Thronrede mit allem Nachdruck das Festhalten der Staatsregierung an der Notwendigkeit einer baldigen Ausführung des Rhein-Elbe-Kanals und eines umfassenden Netzes künstlicher Wasserstraßen in allen Provinzen unserer Monarchie betonen wird. Aber daß ein sofortiges Einbringen einer entsprechenden Vorlage vor der Verabschiedung der nicht minder wichtigen Zolltarifvorlage im Reich lediglich beide Gegenstände zum Scheitern bringen mag, darüber ist kaum noch eine Meinungsveränderung möglich. Weiter erwartet das Organ, das von den Geheimräten des Grafen Bülow inspiriert wird,

daß die Staatsregierung auch in ihrer neuen Zusammenfassung sich gleich bei Beginn der Beratungen rückhaltlos und unambigüen zu dem stolzen Wort unfers verdienten Ministers v. Thielens bekennet: „Gesamt wird er doch!“ Wir haben noch neuerdings erfreuliche Kunde davon empfangen, wie tief

unser Kaiser die Verzögerung des Kanalbaues empfindet, wie zuversichtlich er erwartet, die blinde und leidenschaftliche Gegnerschaft des Grafen Limburg-Stürum und des Herrn v. Hedlich und ihrer Gefolgschaft zu brechen.

Es ist sehr leicht, tapfer und freigeig zu sein, wenn man den Kampf vor dem Beginn aufgiebt. Alle die großen Worte des offiziellen Organs sollen doch nur die blamable Thatsache verschleiern, daß die Regierung des Grafen Bülow nicht daran denkt, die Kanalvorlage wieder einzubringen. Ehe sie das thut, läßt sie lieber durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ demitieren, daß das Wort von dem „unbeugsamen Willen“ und von der bestimmten Erwartung, daß das große Kulturwerk „noch in diesem Jahre“ (1899) zur Verabschiedung gelange, überhaupt niemals gefallen sei. Kanal ist Unsinn — erklärte Graf Limburg-Stürum, und Bülow ist derselben Meinung! —

Zum juristischen Studium sollen in Preußen, wie ein hiesiges Lokaltblatt erfährt, hinfür die Abiturienten sämtlicher neunklassigen höheren Schulen, auch der Realgymnasien und Oberrealschulen zugelassen werden.

An dem Geist unserer Justiz und Verwaltung wird dadurch nichts geändert. —

Der schweigende Hansel. Die Stellung Dr. Klugmanns, des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers der Hansestädte in Berlin, soll, wie unfers Väter der Partei-Organ von durchaus vertrauenswürdiger Seite berichtet wird, stark erschüttert sein. Als Grund wird angegeben: Das Schweigen Klugmanns bei der Beratung des Zolltarifs im Reichstage. Man vermag es ihm, daß er keine Veranlassung genommen hat — trotz Propagation —, den ablehnenden Standpunkt der von ihm im Bundesrat vertretenen drei Hansestädte darzulegen.

Der Mann wollte halt die schöne Einheit des Bundesrats nicht stören! —

Der böse Frieden.

Während die Vertreter der Mächte sich, zum größeren Teil wenigstens, auf der Friedenskomödie im Haag den Anschein gaben, als seien sie wirklich bemüht, Garantien für den Völkfrieden zu schaffen, lassen die Vertreter der Armeen selten eine Gelegenheit vorbeigehen, um auf die Verderblichkeit einer längeren Friedensperiode hinzuweisen. Daß Wolke in einer allzulangen Friedenszeit aller Völker Ansehens erblickt, ist bekannt. Bekannt ist auch, wie begeistert vor nicht allzulanger Zeit das „Militär-Wochenblatt“ den China-Kriegszug als Regenerationsmittel der Armeen feierte. Jetzt nun nimmt ein Militär in der „Deutschen Welt“, der Wochenbeilage der „Deutschen Zeitung“, Veranlassung, die 30 Jahre des Friedens vom militärischen Standpunkt aus zu beleuchten. Daß der lange Frieden der Nation Schaden gebracht habe, schenkt sich der Verfasser zu behaupten. Der allgemeine Wohlstand, meint er, habe sich zusehends gehoben, die Lebenshaltung in allen (!) Schichten des Volkes sei eine bessere geworden, die Bevölkerung habe sich fast unheimlich (!) vermehrt. Aber nun die Akerrieite der Medaille:

Schwer drückt nur der von allen gesegnete dreißigjährige Friede auf dem deutschen Heere, jener mächtigen Organisation, die im Laufe der Jahre ins Riesenhafte gewachsen, trotz sorgfältigster Pflege und Ausbildung an dem Uebel krankt, daß alle ihre Leistungen und Leistungen einem Exempel gleichen, an dem die Probe nicht gemacht werden kann, und dessen Stimmigkeit daher in Zweifel gezogen werden darf. Dreißig Jahre's Friede sind zu allen Zeiten ein Verhängnis, häufig ein Caput für ein großes Heer geworden.

Dieser niederstimmernde Pessimismus wird nur durch einige Gegenstände gemildert. Gegen die Wiederkehr einer Katastrophe wie 1806 sichere Deutschland die dauernde Verjüngung des Offiziercorps, die Thatsache, daß keine Armee der Welt der deutschen überlegen sei, und vor allem der Glücksstand, daß ein neuer Napoleon erst noch geboren werden müsse. Argumente, deren Ueberzeugungskraft nicht eben allzulänglich ist. Haben wir doch die Ehre, die erste Armee der Welt zu besitzen, erst vor wenigen Tagen von dem französischen Kriegsminister für seine Nation in Anspruch nehmen hören. Und das beruhigende Gefühl, die Armeen jedes andern Landes in die Säranken fordern zu können, schwellte veranlaßt auch die Brust des preussischen Offiziercorps, das sich 1806 eine so unsterbliche Blamage erwarb.

Vor allen Dingen aber verdient der schmerzliche Geisler Beachtung, daß der Frieden bereits ganze drei Jahrzehnte gewährt habe, so daß seine Probe auf das Exempel des Parades- und Wanderverdrills möglich gewesen sei. Dies Bedauern, das sicher von sehr vielen Offizieren, und nicht nur von den avancierten, und abenteuerlustigen Vientenants, geteilt wird, beweist, wie heuchlerisch die Behauptungen sind, daß man nur rüste und immer wieder rüste, um den Frieden zu sichern. Eher ist das Gegenteil richtig. Die Herren Offiziere betrachten die Armeen als Selbstzweck, sich selbst als die Blüte der Schöpfung, die wichtigsten Glieder des staatlichen Organismus und den Frieden nur als periodische Vorbereitungsfrist zur erhabensten Kulturthätigkeit, zum Kriege.

Die stehende Armee und die Berufs Soldaten sind deshalb, das beweisen solch' offenerherge Auslassungen wie die vorstehenden zur Evidenz, die schlimmsten Bedroher des dauernden Friedens und der internationalen Annäherung, die es geben kann. —

Englischer Boykott der deutschen Exportindustrie.

Zwei deutschen Fabrikanten, die infolge der britisch-indischen Ausschreibungen für große Lieferungen von Eisenbahnmaterial vor drei Monaten ihre Offerten eingereicht hatten, ist folgende von dem „Daily Express“ veröffentlichte Antwort des Staatssekretärs für Indien, Lord George Hamilton, zugegangen:

Die indische Regierung bedauert, daß infolge des heftigen antibrutischen Zorns der deutschen Presse und der öffentlichen Meinung im ganzen Reich seine Majestät eine der Ausdehnung des deutschen Handels bei dessen Konkurrenz mit andern Ländern höchst unangenehme und mit derselben unvereinbare Stimmung herrscht. Es ist dies im gegenwärtigen Fall besonders beklagenswert, da alle Kolonien seiner Majestät ein dringendes Bedürfnis für Eisenbahnmaterial zur sofortigen Lieferung haben, welches die heimischen Fabrikanten gegenwärtig nicht zu liefern im stande sind.

„Daily Express“ knüpft an diese Ablehnung der deutschen Offerten den Ausdruck der Bemerkung darüber, daß die deutsche Industrie dergestalt für die feindselige Stimmung Deutschlands gegen England bestraft werde. —

Gegen den „Jugendstil“ der alldeutschen Politik wandte sich mit auffälliger Schärfe der neue Vorkämpfer in London, Graf Wolff-Metternich. Als bei einem Abschiedessen, das ihn zu Ehren die Stadt Hamburg als dem bisherigen preussischen Gesandten in Hamburg veranstaltete, der Bürgermeister Mühlberg der Hoffnung Ausdruck gab, daß es ihm auf seinem neuen Posten gelingen möge, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England zu festigen, fühlte sich Graf Wolff-Metternich zu folgenden Auslassungen veranlaßt:

Die Erfahrungen, welche ich hier gesammelt habe, dürften mir auch in meiner neuen Stellung von besonderem Nutzen sein. Ein Wagnis haben soeben hervorgehoben und den Wunsch ausgesprochen, daß es mir gestattet sein möge, die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien zu pflegen. In den Hansestädten habe ich stets den Wunsch hervortreten sehen, daß ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und England angestrebt werde. ... Es scheint zwar eine neue Schule sich anzukümmern — Schule möchte ich es nicht nennen — sondern einige exaltierte Geister, welche glauben, daß die allhergebrachten Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht weiter fortgeführt zu werden brauchen. Diefem extravaganten Jugendstil in der Politik brauche ich mich aber glücklicherweise nicht anzuschließen.

Ich halte es vielmehr auch in unfers Interesse, wenn wir dem allen Kulturvolk germanischer Abkunft jenseits des Kanals, wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft mit derjenigen Achtung begegnen, welche auch allein schon die internationale Höflichkeit erfordert.“

Dieser scharfe Hieb gegen die Alldeutschen und die Konserverativen Englandfreier entspricht durchaus der warmen England-Freundschaft, die Wilhelm II. wiederholt ostentativ bekundet hat. —

Der tolle Lieutenant.

Vor dem Kriegsgericht der 18. Division, Flensburg, hatte sich der 1876 geborene Lieutenant Erich v. Hollmann, Sohn des früheren Marineministers, zu verantworten.

Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in der Nacht vom 24. zum 25. November v. J. sich des qualifizierten Hausfriedensbruches unter widerrechtlichem Gebrauch der Waffe, der Bedrohung mit einem Verbrechen, des rechtswidrigen Waffengebrauches gegen Menschen und Erteilung unberechtigter militärischer Befehle schuldig gemacht zu haben.

v. Hollmann verließ — so lautet der Bericht unfers Parteiorgans — am Abend des 24. November in Begleitung des Referendars Ringshagen, stark angetrunken, das Theater-Café. Er ging nach der Kaserne, wo er von dem wachhabenden Unteroffizier einen Soldaten zu seinem persönlichen Sänge forderte. Dieses Verlangen wurde nach einigem Widerstreben erfüllt. In Begleitung des Fälliers Weller begab er sich nach dem Hause Schloßstraße 10. Es war inzwischen Mitternacht geworden. Die Hausthür war unverschlossen. Der Lieutenant befahl dem Soldaten unten stehen zu bleiben, während er nach der 1. Etage hinaufging. Dort wohnte die Witwe Andreeu und der Schlichter Ewers nebst Familie. Erstere war noch wach. Diese fragte der Offizier nach einem Herrn Namens Carlens. Die Frau erklärte, daß eine Person dieses Namens nicht in diesem Hause wohne. Nun rief der Lieutenant, er müsse den Carlens haben, er wolle ihn durchsuchen, ihm den Leib aufschneiden, denn er sei durch Carlens beleidigt worden. Darauf schlug und schandalierte er an der Thür der Wohnung des Ewers'schen Ehepaars, mit dem er in der Haus seine Drohungen wiederholte. Selbstverständlich wurde ihm nicht geöffnet. Ueber eine halbe Stunde tobte er in dieser Weise, während Frau Andreeu aus dem Fenster um Hilfe schrie.

Später legte er sein Treiben auf der Straße fort, den Soldaten hätte er inzwischen zurückgeschickt. Nach längerer Zeit veranlaßte die Nachwachstbeamtin den Ewers, aus der Kaserne eine Patrouille heranzuholen. Dieser begegnete der Lieutenant an der Königstraße. Er stürzte sich auf Ewers mit den Worten: „Ich suche Dich tot, ich will Blut sehen!“ Der Nachwachstmann Riefen packte v. Hollmann am Arm, so daß er an dem Herausziehen des Degens gehindert wurde. Der Patrouille befahl er, zurückzukehren. Nun drehte er um und lehrte nach dem Hause Nr. 10 zurück. Dort legte er an der inzwischen verschlossenen Hausthür sein Toben fort. Später ging er nach dem Nordthor, hinter sich eine Anzahl Reuterger, die ihm ulkhafteste Bemerkungen nachriefen. Dort begegnete v. Hollmann der Postenabteilung der Wache des Divisionsgenerals. Er rief den Soldaten folgende Kommandos entgegen: „Posten halt! Gewehr ab! Seitengewehr aufgeschraubt!“ Nun zog er seinen Degen und stürzte auf die Reuterger zu. Auf den ihm zunächst stehenden Eisenstecher Michaelis schloß er 4-mal mit der Waffe zu, ohne ihn zu verletzen. Als sich M. zur Flucht wandte, holte ihn v. Hollmann in einigen Schüben ein und ließ ihn den Degen durch den Kopf. Glücklicherweise verletzte er ihn auch hierbei nicht. Dem Ingenieur Dorn gelang es nun, den Rasenden zu beruhigen und ihn nach der Kaserne zu geleiten.

In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, infolge des Gemiffes von Grog und Bier selbst das Gefühl gehabt zu haben, betrunken zu sein.

Zeuge Carlens war bis zum Jahre 1894 Fällier in der Compagnie des Angeklagten. In seinem Civilverhältnis sei er später mehrmals mit dem Lieutenant zusammengetroffen und es habe dabei Rencontres gegeben. Bei einem solchen, im Jahre 1895, habe v. Hollmann bereits gegen ihn blauf ge-sprochen.

Zeuge Michaelis bezeichnet die ersten 4 bis 5 Stiche des Lieutenanten gegen ihn als eine unsichere Spielerei, er ist von hinten gestochen worden, dies beweise das Loch im Kopf. Der Angeklagte hat am Nordthor gerufen, als die Postenabteilung zur Stelle war: „Jetzt will ich Leben sehen; heute muß noch Blut fließen!“

Der Ingenieur Dorn hat den Ruf „Haut ihn!“ vernommen, auch gesehen, wie v. Hollmann auf Michaelis losstach. Der Nachwachstmann Riefen erklärt, daß der Angeklagte sie alle als Helfer und Helfershelfer des Carlens bezeichnet habe. Außerdem habe derselbe gesagt: „Mag es kosten, was es wolle, Blut will ich sehen.“ An dem Niederstechen des Ewers habe er den Angeklagten verhindert, indem er ihn am Arme festhielt.

Fällier Siey, der Führer der Postenabteilung, sagt aus, daß er nicht den Eindrud gehabt habe, als wolle die Waffe den Lieutenant bedrohen. Dieser sei nicht in Gefahr gewesen. Auch habe er keine drohenden Rufe gehört. Auch Michaelis hatte sich ruhig verhalten.

Der erste Sachverständige, Oberstabsarzt Warcelle, sagt aus, daß v. Hollmann eine sehr leicht erregbare Natur sei, der an diesem Abend stark unter dem Einflusse des Alkohols stand. Er habe früher bereits eine Quecksilber-Nur durchgemacht und befindet sich zur Zeit wieder in einer solchen. Der nächste Sachverständige, Direktor der Landes-Irrenanstalt in Schleswig, Sanitätsrat Dr. Hansen, konstatiert, daß der Angeklagte mütterlicherseits mit Nervosität erblich belastet sei. Durch den Einfluß des Alkohols bei diesem leicht erregbaren Naturell habe sich der Angeklagte in jener Nacht in einem pathologischen Aufzustande befunden. Er sei aber zurechnungsfähig gewesen. Der Vertreter der Anklage hält die sämtlichen Punkte der Anklage aufrecht und für erwiesen. Er beantragt daher zwei Monate und zwei Wochen Gefängnis, sowie zwei Monate Festungshaft. Das Kriegsgericht erteilt auf einen Monat drei Tage Gefängnis und sechs Wochen und einen Tag Festung.

Diese außerordentlich gelinde Strafe wird nicht gerade abschreckend auf die Träger des vornehmsten Rodes wirken, Zankunkeitsgeesse zu vermeiden.

Man vergleiche mit dieser Milde die furchtbaren Strafen, die kürzlich in Breschen und Köslin verhängt worden sind. Der Sonnenhater kritisiert oder auch nur veröffentlicht, erhält — wie die „Vorwärts“-Redacteurs — sechs, sieben Monate Gefängnis. Der Sonnenhater aber verübt, entgeht mit knapper Not der Freisprechung. —

Ausland.

England.

Zur Lage.

London, 5. Januar. (Fig. Ver.) Seit dem blutigen Ueberfalle bei Tzwefontain, der mit dem historischen Treffen bei Rajuba Hill im Jahre 1881 eine fatale Ähnlichkeit aufwies, sind bald zwei Wochen vergangen, während welcher sich die Stimmung vielfach beruhigte. Die Konfols zeigen eine aufsteigende Richtung, die Nachrichten über die Goldausbeute am Witwaterbrand lauten ermutigend, ebenso über die fortschreitende Kolonisierung mancher Landstriche im Orange-staat innerhalb der Parallelen von Vlokhäusern. Und mit dieser Beruhigung der Gemüter wächst die Spaltung innerhalb der liberalen Partei. Die an dieser Stelle vor einem Monat gemachte Andeutung, daß ein Anschluß der liberalen Imperialisten an die Unionisten nicht unmöglich sei, gewinnt jetzt an Wahrscheinlichkeit. Unter dem Titel „Die Gefahr einer Ecession“ schreibt heute der „Speaker“, die Wochenrevue der Radikalen, im Leitartikel: „Ist es wahr, daß Mr. Asquith und Sir Edward Grey sich von dem Führer

der Opposition (Sir Campbell - Bannerman) trennen wollen? Das ist die wirkliche Frage, die in all den Kontroversen und Spekulationen über die liberale Partei steht. . . Es ist das eine Frage, die jeden Liberalen mit dunklen Befürchtungen und bogen Zweifel erfüllt. Es wird nun immer klarer, daß Lord Roseberys Chefesfeld Rede eine Abschiedsrede von der liberalen Partei und die Einleitung zum Programm einer neuen Partei war. Und diese neue Partei ist die von Sidney Webb skizzierte. Das wird nachgerade der ganzen englischen Presse klar. Wir haben es nicht nötig, und mit dieser Vergangenheitsutopie jetzt zu beschäftigen. Sie wurde an dieser Stelle schon längst gewürdigt. Uns bleibt nur die Frage: was wird die momentane Wirkung der liberalen Verzweiflung sein? Eine Stärkung der konservativen Regierung, deren Existenz auf Jahre hinaus gesichert erscheint. Auch wenn es den Liberalen zuweilen gelingen sollte, die Regierung an die Wand zu drücken, so würde sie sich davon durch eine Neubildung des Kabinetts lösen. Das ist gegenwärtig die innerpolitische Lage Englands. In einigen Tagen spricht der konservative Führer Arthur James Balfour in Manchester und am 13. d. M. der liberale Führer Campbell - Bannerman in London. Beide werden über und gegen Rosebery sprechen, ohne indes an der Sachlage ändern zu können. Die Säcke der Regierung heißt für die Boeren: Fortgang des Krieges. Innerhalb Englands ist kein Nachsicht in Sicht, der durch Konzeption an die Boeren dem Kriege ein Ende machen könnte. Und auf äußere Verwicklungen ist nicht im geringsten zu rechnen. Und das haben die deutschen Boerenfreunde mit ihrem Joltarif getan. Es ist nicht viel gesagt, daß der deutsche Joltarif einem ganzen Armeekorps für Lord Ritchener gleichkomme. Die Stimmung in Russland ist den Engländern eine durchaus günstige geworden. Der russische Ackerbau muß in Großbritannien Märkte suchen und damit ist auch die Drücke gegeben zu einer Entente Englands mit dem Zweibunde. Und die übertriebenen Alarmgerüchte über anglo-russische Konflikte am Persischen Meerbusen werden hier der Phantasie deutscher Pressagenturen zugeschrieben. —

Die irische Bodenfrage.

London, 4. Januar. (Fig. Ver.) Durch die Erhebung von Dr. Deane, dem bisherigen Vertreter von East Down, zum Richter in London, ist eine parlamentarische Nachwahl nötig geworden. East Down liegt in der Landschaft Ulster, Irland, wo die Home Rule Frage wenig Bedeutung hat, dafür aber die Bodenfrage zum Gegenstand einer lebhaften Agitation geworden ist. Der Wahlkreis ist zum größten Teile von Farmern bewohnt, von denen etwa zwei Drittel unionistisch (für die Regierung) sind, die jedoch mit den Nationalisten (Opposition) insofern zusammenschließen, als sie alle den Anlauf der Großgrundbesitzer und die Schaffung einer unabhängigen kleinbäuerlichen Bevölkerung von der Regierung verlangen. Diese bäuerliche Bewegung ist im Ulster noch sehr jung. Sie wurde vom Abgeordneten E. W. Russell am 20. September 1900 ins Leben gerufen. Es wird sich nun zeigen, ob sie stark genug ist, politische Gegner auf ein wirtschaftliches Programm zu vereinigen. —

Übermal eine Rede Chamberlains. Chamberlain hielt am Montag in Birmingham eine Rede, in welcher er für den Imperialismus eintrat und erklärte, England sei die liberale Nation, welche die Welt jemals gesehen habe, ebenso aber auch die am meisten gehähte. Die anderen Völker beneideten England, verkleumdeten es in der häßlichsten, verdammenswertesten und schändlichsten Weise, und launeten mit Freude auf seinen Sturz, den sie nahe wähten. Es sei von höchster Wichtigkeit, daß England sich seine Märkte erhalte; es müsse sich darauf vorbereiten, berechtigten Wettbewerbs zu belämpfen. Man habe in letzter Zeit viel von einer Krise der britischen Industrie gesprochen, in dessen habe er kein Zeichen einer unmittelbaren, die Wohlfahrt des Landes bedrohenden Gefahr beobachtet. Die Aussicht für die Handelsentwicklung sei ausgezeichnet.

Der Minister erklärt ferner, er erkenne vollständig das Recht der Arbeiter auf Besserung ihrer Lage an; die Arbeiterindulgenzen seien stets keine herzliche Unterstützung, so lange sie den Arbeitern das Mittel böten, zusammen zu arbeiten, um von ihren Arbeitgebern bessere Bedingungen zu erlangen, aber jeder Versuch, die Produktion durch die Arbeiter auf ein gleiches Niveau zu verringern, würde für die allgemeine Wohlfahrt verhängnisvoll sein. Chamberlain nahm sodann auf die Frage der Wiedervereinigung von Liberalen und Unionisten und auf die Rede Bezug, die Lord Rosebery kürzlich in Chesterfield hielt und in der er sich von Home Rule für Irland lossagte. Chamberlain bemerkte, ihn habe das Gerücht belustigt, daß in gewissen Kreisen über diese verlorenen Söhne umgehe; er wünsche, ehe irgend ein verlornener Sohn aufgenommen werde, zu wissen, ob seine Befreiung wirklich aufrichtig sei. Darauf sprach der Minister vom Südafrika-Kriege und betonte, die Mehrheit der Engländer sei darüber einig, daß der Krieg eine Notwendigkeit war und ohne erste Opfer an den Interessen und der Ehre Englands nicht vermieden werden konnte.

Spanien.

Die Pflasterseuche.

Daß das arme Spanien, selbst nachdem ihm das Glück zu teil geworden ist, seine Kolonien los zu werden, sich noch immer nicht erholen kann, ist zum guten Teil der ruinösen Pflasterseuche zuzuschreiben, die materiell und geistig an dem Marke des Volkes geht, es auslaugt und seinen kulturellen Aufschwung lähmt. Spanien ist ja seit jeher das Eldorado der Pflaster gewesen, es zählt gegenwärtig, trotz der seinerzeitigen Decimierung der Klöster noch immer 151 517 Geistliche, Mönche und Nonnen. Da Spanien ca. 18 Millionen Einwohner zählt, entfällt demnach auf je 120 Einwohner — die Säuglinge eingerechnet — ein geistlicher Parasit. Für diese 151 000 Pflastergänger zahlt allein die Staatskasse jährlich 70 Millionen Pefetas! Die Gesamtunterhaltungskosten durch das Volk dürfen sich wahrscheinlich auf mehrere Hundert Millionen belaufen, giebt es doch nach der „Frankfurter Zeitung“ in Madrid Parcer, deren Einkommen 100 000 Pefetas übersteigt. Den 70 Millionen Ausgaben für die Klöster stehen nur je 12 Millionen für die gesamte Rechtspflege und den öffentlichen Unterricht gegenüber! Und bekanntlich verlangen die Volksschullehrer seit 1897 räuberische Gehälter im Betrage von 10 Millionen! —

Russland.

In der Warschauer Citadelle haben am 2. Dezember folgende politische Gefangene geessen: Karolina Bobik, Feliz Orzowski, Maximilian Wosnowski, Franz Wedarosty, Edward Chwalenski, Jan Danusjewski, Hipolit Pijolek, Jan Czernak, Stanislaus Gogbiowski, Wolf Grosik, Pauline Hencel, Joseph Hurko, Marjanna, Rospragal, Jonkil Kranied, Stanislaus Winda, Joseph Pijinski, Kewsk Wosnowski, Kasimir Jozarewicz, Joseph Michalski, Adam Mikiewicz, Waisa Mondelbaum, Karl Muttenberger, Joseph, Maria und Wanda Marchewski, Thomas Madryk, Ludomir Rowodi, Samuel Rachanetz, Bronislau Dzwiganski, Norduch Weisschen, Anton Wleghski, Joseph Hnblidi, Janna Azaca, Franz Siopa, Karoline Szwanska, Lujan Szczechowicz, Valentin Szymanski, Bronislau Swiderski, David Szejn, Wladislaus Schwarz, Franz Stanislawski, Stan. Trusiewicz, Franz Wozniakowski, Adam Wrozembelski, Joseph Wach, Anton Zajackowski, Stanislaus Zielinski.

In Siedlice sitzen 48 politische Gefangene aus verschiedenen Städten — unter ihnen fünf Frauen; unter anderem sind es Alexander Malinowski und Kasimir Roznowski. —

Der Staatsrat v. Bloch ist in Warschau gestorben. v. Bloch galt als Inspirator des famosen Friedensmanifestes des Joren. Verdient gemacht hat er sich durch die Herausgabe des renommierten Werkes über den Krieg, das den Militarismus durch den Nachweis seiner technischen und ökonomischen Konsequenzen ad absurdum führen sollte. v. Bloch war der Schwiegervater des bekannten Koszjelski-Admirals. —

Äßen.

Der Einzug des Hofes in Peking erfolgte am Nachmittags 1 1/2 Uhr. Der Kaiser, die Kaiserin-Witwe, Prinz Hsün und die junge Kaiserin wurden in gelben Säukten getragen, eskortiert von einer glänzenden Kavalkade und einer großen Truppenmasse. Die Geleitmannschaften trugen bunte Fahnen und seidene Schirme. Vor der Säule des Kaisers marschierten Juanschi-fais Truppen. Die Ausländer hatten sich oben auf dem Chiemmen-Thor versammelt. Der Kaiser und die Kaiserin-Witwe traten in den gleich hinter dem Thor gelegenen Tempel und verbrannten Weihrauch. Beim Verlassen des Tempels verneigte sich die Kaiserin-Witwe vor den Ausländern. Dann setzte der Zug seinen Weg zum Palaste fort. In beiden Seiten der vier Meilen langen Einzugsstraße hielten chinesische Soldaten. Der Einzug im Palast erfolgte um 2 Uhr. —

Europäisierung Chinas. Wie englische Blätter mitzuteilen wissen, werden in China große Reformen geplant, in erster Reihe stehen die auf militärischem Gebiete. Die Vicelkönige von Kanton und Hongkong sollen dem Hofe folgende Vorschläge unterbreiten: Entsendung von Offizieren und Studenten ins Ausland, um ihre Studien zu vervollkommen; Einberufung der Truppen nach europäischem Muster; Einführung einer strengen Disziplin in der Armee. Ferner: Unterrichtung von Kunst und Industrie; Errichtung von Gesellen betreffend den Bergbau, den Handel und die Verkehrswege; Einführung eines geregelten Postwesens; Uebersetzung der hauptsächlichsten Bücher des Occidents und Orients in das Chinesische. —

Amerika.

Das Friedensprotokoll nun doch unterzeichnet? Eine von Chile abgegebene Erklärung bezüglich der Polizei in Ultima Esperanza hat die argentinische Regierung zufrieden gestellt. Da die Rechte Argentiniens, welche letzteres durch Chile für verletzt hielt, jetzt gewahrt sind, haben die beiden Regierungen das Protokoll gebilligt, wodurch die Forderungen Argentiniens erfüllt werden.

Ob man es morgen nicht wieder anders lesen wird? —

Nochmal die „Sarja“ und der „Vorwärts“.

Ich muß die Genossen vom „Vorwärts“ bitten, mir noch einmal das Wort zu erteilen, diesmal in eigener Sache. Der „Vorwärts“ erhebt zwei Beschuldigungen gegen mich, einmal die „einer bedauerlichen Pöbelerei“ und dann die der „Unterstützung des illohalen Verhaltens“ der „Sarja“ durch „unberechtigte Beschönigungsversuche“. Beide Beschuldigungen beweisen mir, daß meine Freunde vom „Vorwärts“ mich nicht verstanden haben, woran wohl die Kürze meiner Berichtigung die Schuld trägt, die ich nun leider durch längere Ausführungen wett machen muß. Es war weder meine Absicht, für die „Sarja“ zu intervenieren — das wäre eine Befehdigung meines russischen Bruderorgans, als bedürfte es meiner Unterstützung — noch wollte ich die Schwere derjenigen Beschuldigungen, die sie wirklich erhoben, entkräften oder als belanglos hinstellen. Ich wollte bloß ein Mißverständnis beseitigen, ehe die „Sarja“ das Wort ergriff, einen Satz richtigstellen, der unmissverständlich böses Blut erzeugte. Ich zitierte daher nur diesen einen Satz und hatte es nicht notwendig, den Satz vom Bewerben der französischen Guesdisten mit Rot zu zitieren, nicht weil er mir belanglos erscheint oder ich dem „Vorwärts“ das Recht absprechen müßte, sich gegen diesen Vorwurf zu wehren, sondern weil ich der Ansicht bin, daß der „Vorwärts“ diesen Satz richtig aufgefaßt hat.

Nicht richtig aufgefaßt aber hat er jenen Satz, der von den „Kritikern“ des „Vorwärts“ als „französischer Possibilismus“ bezeichnet, sie hätten die französischen Guesdisten beschuldigt, sich den Deutschen verkauft zu haben.

Und auch meine Berichtigung dieser seiner Auffassung laßt der „Vorwärts“ falsch auf. Er ist nach wie vor der Ansicht, daß hier Kritikere angeklagt werde, er habe die Guesdisten der Käuflichkeit beschuldigt. Ja er behauptet nun noch: „Der Vorwurf gegen Kritikere aber verfehlt auch Kaustsky nicht abzustreiten, vielmehr übergeht er ihn völlig im Eifer der „Sarja“-Richtung. Zwar sagt allerdings die „Sarja“ auch gegenüber Kritikere nicht geradezu, daß er persönlich die Käuflichkeit der Guesdisten öffentlich behauptet habe, aber die verdeckte Form läßt den Vorwurf der „Sarja“ nur um so böser erscheinen“. Was soll man dann aber erst von mir sagen, der ich diesen illohalen bösen Vorwurf verdeckt zu verhängen versuche!

Hätten meine Freunde vom „Vorwärts“ weniger in ihrer durch die Vorwürfe der „Sarja“ begreiflichen Gereiztheit nach verdeckten Bödsartigkeiten geschaut und sich mehr die Thatlagen des französischen Parteilebens unbefangen vergegenwärtigt, dann hätten sie vielleicht erkannt, daß meine Berichtigung, wenn richtig gelesen, wohl geeignet war, böses Blut zu beseitigen und nicht neues zu schaffen.

Der Vorwurf gegen den französischen Possibilismus trifft Kritikere ebenso wenig wie den „Vorwärts“, weil die Vorgänge, auf welche die „Sarja“ und ich in meiner Berichtigung anspielten, sich jahrelang vor der Wirksamkeit Kritikere ereigneten. So lange Kritikere in Paris ist, hat meines Wissens kein einziger in Frankreich lebender Sozialist, sei es ein Franzose oder ein Ausländer, gegen die Guesdisten den Vorwurf erhoben, sie seien an die deutsche Sozialdemokratie verkauft. Die Stimmung in den nichtguesdistischen Sozialistenkreisen gegenüber der deutschen Sozialdemokratie hat völlig umgeschlagen. Und in der Dreus-Affäre waren es eher Jaurès und seine Leute, die beschuldigt wurden, aus Ausland verkauft zu sein, als die Guesdisten.

Es mag heute ein französischer Sozialist ein noch so großer Hasser und strapelloser Gegner der Guesdisten sein, es wird ihm kaum einfallen, sie zu beschuldigen, daß sie an die deutsche Sozialdemokratie verkauft seien. Selbst wenn ich Kritikere für einen derartigen Gegner und Hasser der Guesdisten hielte, was nicht der Fall ist, würde es mir nie auch nur im Traum beikommen, ihn dieser Beschuldigung der Guesdisten für fähig zu halten, und der betreffende russische Genosse in der „Sarja“ denkt sicher ebenso. Der „Vorwärts“ besteht aber darauf, der „Sarja“ und mir diesen Gedanken gang aufzudisputieren und nennt meine Ablehnung desselben einen „unberechtigten Beschönigungsversuch illohalen Verhaltens“!

Wenn meine Freunde vom „Vorwärts“ mir schon nicht glauben wollen, dann mögen sie sich an Kritikere selbst wenden. In bin überzeugt, er wird ihnen bestätigen, daß er aus dem betreffenden Satz nie die Anklage herausgelesen hat, er selbst habe die Guesdisten der Käuflichkeit beschuldigt und daß die andern gegen ihn erhobenen Anklagen der „Sarja“ weit schwerer wiegen als diese.

Aber welche Anklage enthält denn dann der fragliche, ich will es zugeben, nicht ganz klar und auf den ersten Blick leicht irreführende Satz? Keine andre als die des Mangels an Solidaritätsgefühl. Es ist eine Anklage, nicht gegen Kritikere, sondern gegen deutsche Sozialdemokraten. Die Anklage lautet: Die Guesdisten wurden wegen ihres engen Verhältnisses zu der deutschen Sozialdemokratie ebendam von den Possibilisten angegriffen, heute greifen dafür deutsche Sozialdemokraten die Guesdisten den heutigen Possibilisten zu Liebe an.

Das ist keine neue Anklage, sie wurde von meinen Guesdistischen Freunden schon mehrfach erhoben, bei einer Gelegenheit, das kam ich dem „Vorwärts“ zum Trost mitteilen, auch gegen die „Reue Zeit“. Man kann über diese Anklage veränderten Meinung sein, ich sehe in ihr auf keinen Fall einen ehrenkränkelnden Vorwurf und ich möchte meine Freunde vom „Vorwärts“ bitten, desgleichen zu thun. Gewiß, ich wiederhole es, die „Sarja“ hat Beschuldigungen gegen den „Vorwärts“ erhoben, deren Schwere ich nicht verkenne. Aber der „Vor-

wärts“ verneint noch unmissverständlich die Verbitterung, welche diese Beschuldigungen erzeugen müssen, indem er neben den wirklichen Beschuldigungen den Zeiten heranzieht, und wenn er als den Gipfel der Illoalität und Bödsartigkeit jene Anklage hinstellt, die bei Licht betrachtet die verhältnismäßig harmloseste unter den Vorwürfen ist. Diesen einen Differenzpunkt aus der unmissverständlichen Auseinandersetzung mit der „Sarja“ zu heftigen, ehe diese antwortet, und dadurch die Schärfe des Gegenjages zwischen „Sarja“ und „Vorwärts“ wenigstens einigermaßen zu mildern, war der Zweck meines Eingreifens.

Ob ich ihn erreiche, erscheint mir nach der Kritik, die meine erste Berichtigung erfahren, allerdings zweifelhaft. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß meine Freunde dem „Vorwärts“ sich besserer Einsicht nicht verschließen und anerkennen, daß sie in dem einen Punkt die „Sarja“ und auch mich völlig mißverstanden haben.

Friedenau, 5. Januar.

K. Kaustsky.

Es ist uns keineswegs erwünscht, daß der Streit mit der „Sarja“ durch wiederholte Ausföhrung vielleicht übermäßig verschärft wird. Wir bedauern jedoch, auch durch Kaustskys neue Darlegungen nicht zu der von ihm gewünschten „besseren Einsicht“ gelangen zu können. Wenige Worte werden die Unmöglichkeit der von ihm erhofften Wirkung darthun.

Kaustsky erkennt jetzt in dem unstrittigen Satze der „Sarja“ eine Anklage gegen „deutsche Sozialdemokraten“, aber die zu zürnen wir keinen Anlaß hätten, nicht eine Anklage gegen Kritikere und den „Vorwärts“. Wir verstehen nicht, daß er zu dieser Auffassung gelangen kann. Die „Sarja“ wendet sich in dem gesamten Abschnitt ihres Artikels gegen Kritikere und den „Vorwärts“ — wie in aller Welt sollte sie darauf verfallen, plötzlich, ohne jeden Anlaß, ohne jeden Zusammenhang sich gegen „deutsche Sozialdemokraten“ zu wenden. Es ist ausichtslos, dem fraglichen Satz die harmlose Deutung geben zu wollen, als habe er Kritikere überhaupt nicht treffen wollen. Es ist für uns keinerlei Zweifel, daß dieser Satz, gleich den vorhergehenden Sätzen, von seinem Verfasser dazu bestimmt war, Kritikere, gegen den die Herausgeber der „Sarja“ in russischen Partei-Angelegenheiten lebhaften Streit führen, den russischen Parteigenossen als bedenklichen Possibilisten und Verdächtiger der nach der „Sarja“ einzig revolutionären Partierichtung in Frankreich zu kennzeichnen.

Kaustskys Ausföhrungen mildern aber meines Erachtens nicht nur das Verhalten der „Sarja“ nicht, sondern sind geeignet, es noch unangenehmer erscheinen zu lassen als wir bisher annahmen. Kaustsky erinnert dankenswerter daran, daß der Vorwurf der Käuflichkeit der Guesdisten in neuerer Zeit überhaupt nicht von Possibilisten in Frankreich gemacht worden ist. Als vor einigen Jahren einmal irgend ein schäbiger Gesell, der sich Sozialist nannte und Possibilist genannt wurde, jenen Vorwurf erhob, war Kritikere noch nicht in Frankreich und die heutigen, von der „Sarja“ bekämpften Possibilisten in Frankreich, deren Partei Kritikere angeblich nach Meinung der „Sarja“ genannt haben soll, hatten ebenfalls in jenem Jahre noch keinerlei führende Rolle in der französischen Arbeiterbewegung und haben nicht das geringste gemeinsam mit jenen schlechten Elementen — und doch konstruiert die „Sarja“ die eigenartige harmlose Gedankenverbindung: der Possibilist Kritikere verleumdet die Guesdisten, er bewirkt mit Rot dieselben Guesdisten, welche von den Kritikere des Possibilismus stets als verkauft an das Ausland angesehen wurden!

Deutlicher, scheint uns, kann man nicht sein. Ein Mißverständnis ist ausgeschlossen. Läge aber auch ein Mißverständnis vor, so können wir democh nur bedauern, daß Genosse Kaustsky als Friedensmüller es nicht als dringlicher erachtet hat, die „Sarja“ über die Unrichtigkeit ihrer zahlreichen Beschuldigungen gegen Kritikere und den „Vorwärts“ zu belehren, als uns über ein angebliches Mißverständnis der einen unter diesen Beschuldigungen.

Redaktion des „Vorwärts“.

Der Boeren-Krieg.

Ein scharfes Schermügel.

Lord Ritchener meldet aus Johannesburg vom 6. d. M.: General Plumer beschäftigte am 3. und 4. Januar feindliche Truppen unter Christen Botha und Oppermann und trieb sie aus einer Reihe von Stellungen. Ein Teil seiner Truppen unter Major Wallentin, bestehend aus leichter Somerset-Infanterie, erlitt hierbei aber am 4. schwere Verluste. Achtzehn Engländer fielen, fünf Offiziere und 28 Mann wurden verwundet. Die Boeren hatten neun Tote.

Abgebliebene Boerenverluste.

Wie den „Times“ aus Kapstadt gemeldet wird, wurden nach den letzten amtlichen Anzeigern in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Dezember 1901 1162 Boeren getötet, 876 verwundet und 7603 gefangen genommen, 1912 ergaben sich; außerdem wurden erbeutet: 5068 Gewehre, 656 041 Patronen, 6665 Wagen, 50 468 Pferde, 166 027 Stück Vieh.

Italienische Freiwillige.

In Verona sind durch einen Boerenoffizier 200 junge Leute angeworben worden, die als Volontäre nach dem süditalienischen Kriegsschauplatz abgehen.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage der Industrie.

Wird gegenwärtig in der bürgerlichen Presse als aussichtsloser bezeichnet, als es die Geschäftslage vor Monaten annehmen ließ. Die Eisenindustrie, die den ersten Anstoß zu der wirtschaftlichen Depression gab, soll wieder etwas aufatmen, die angekauften Bestände von Roheisen und Halbfabrikaten sind zurückgegangen, größere staatliche Aufträge werden erwartet und auch von privater Seite laufen langsam Bestellungen ein. Die Börse hat auf diese Mitteilungen sofort mit einer Aufwärtsbewegung geantwortet und mit Genugthuung wird berichtet, daß das verloren gegangene Vertrauen langsam wieder zurückkehrt, die bis dahin verödete Börse wieder Leben und stille Zuversicht zeigt.

So freudig ein geringer Aufschwung im Wirtschaftsgebiete zu begrüßen wäre, genügen uns doch die angegebenen Momente nicht, um zu einer so hoffnungsvollen Stimmung zu gelangen. Die deutsche Roheisen-Erzeugung ist in den ersten 11 Monaten des Jahres um 557 710 Tonnen gegen das Jahr 1900 zurückgegangen. Im Jahre 1900 betrug die Erzeugung in dem angegebenen Zeitraum 7 702 052 Tonnen. 1901 waren es 7 144 342 Tonnen. Aber Erzeugung und Abfab sind zwei verschiedene Dinge, das Handelsdefizit kommt in dem Rückgang des Abfahs und dem Anwachs der Bestände zum Ausdruck. Das Roheisen-Syndikat räthnt sich zwar, daß es ihm gelungen sei, große Mengen nach dem Auslande abzugeben; aber dieser Abfab ist mit äußerst niedrigen Preisen erkauft, und im Inlande ist durch das Festhalten an einer hohen Preislage die Störung in der Ausnahmefähigkeit des Marktes verneht. Die Steigerung der Abfab an Roheisen und Fertigergüssen von 170 688 Tonnen auf 257 290 Tonnen ist gewiß ganz beachtlich, auch der Rückgang der Einfuhr von 781 035 Tonnen auf 281 176 Tonnen in demselben Zeitraum mag der deutschen Roheisen-Erzeugung nicht un wesentlich zu gute gekommen sein, sobald aber in Amerika die Spannung auf dem Eisenmarkt vorüber ist, fällt die Rolle Syndikatspolitik zusammen. Einer so gefährlichen Konkurrenz der amerikanischen Erzeugung, die dann auf dem Weltmarkt in Wettbewerb eintreten wird, ist das deutsche Roheisen-Syndikat nicht gewachsen. Diese veränderte Situation kann aber jeden Augenblick entstehen; der amerikanische Kupfererz gleitet mit Riesenschritten abwärts, hier und da können Verträge von Rohlisenverträgen, was seit langem befristet, scheint im Anzuge, auch dort folgt der Ueberspannung ein Zurück. Die Folgen werden

auch an unsem heimischen Wirtschaftsgebiet nicht spurlos vorübergehen, sie treffen uns aber um so stärker, wenn, wie es das Robentienyndikat beliebt, der inländische Markt zu Gunsten des Auslandes vernachlässigt wird.

Insofern können wir die Lage der Eisenindustrie keineswegs als eine günstige bezeichnen, es entsteht vielmehr die Gefahr, daß ihr ein neuer Schlag verriet wird, für den das Robentienyndikat die ungünstige Position geschaffen hat.

Es mag sein, daß die Robentienbestände zurückgegangen sind, die Zurückhaltung der Abnehmer bei der unsicheren Preisbildung erklärt eine etwas lebhaftere Nachfrage, und schließlich war es vorauszuweisen, daß sich nun auch die Hochöfenwerke zu einigen Aufträgen für Coalfisierungen entschlossen haben, nachdem man mit Neu-aufträgen bis zum äußersten Termin gewartet hatte. Doch ist aber unklar, welchen Einfluß der Einkaufsverein für Robentien gegen das Syndikat gewinnen wird und wieweit die Abkist der Hochöfenwerke zur Ausführung kommt, vom Auslande Coals herbeizuschaffen, wenn die Preise nicht unter 15 R. die Tonne herabgesetzt werden.

Jedenfalls ist die Marktlage noch fortgesetzt eine unsichere und unklare, selbst eine kleine Besserung läßt die Berechtigung zu einer Auffassung, als ob wir nun den Tiefstand überwunden haben, sehr gewagt erscheinen. Jeder Tag kann uns aufs neue herbe Enttäuschung bringen.

Ein Krupp-Syndikat. In einer sehr zahlreich besuchten Versammlung von Vertretern deutscher Stahlformungs-Werke wurde, wie das „Centralblatt der Bergwerke“ erfährt, einstimmig beschlossen, einen engeren Verband zu bilden. Mit der Ausarbeitung der Statuten wurde ein Ausschuss von sieben Werken unter Vorsitz der Firma Krupp beauftragt.

Englands Außenhandel. Nach dem Handelsausweis für Dezember hat in diesem Monat die Einfuhr um etwa 3 075 000 Pfund Sterling und die Ausfuhr um nahezu 750 000 Pfund Sterling gegen den Dezember 1900 zugenommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kermacher! Der Betrieb „Rieser Werke“, Deutsche Werkzeugmaschinen-Fabrik, ist nach wie vor für Kermacher gesperrt.

Der Streik der Schraubendreher bei der Firma Stelzner, Gr. Frankfurterstraße, dauert unverändert fort. Wir eruchen alle arbeitserfreundlichenblätter um Nachdruck.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Einführung des neuen Buchdrucker-Tarifs. Die Drucker von Barmen und in Darmen machte sich die Einführung des neuen Tarifs sehr bequem. Sie „bewilligte“ die Forderungen der Gehilfen, drohte jedoch für die Zukunft die strengste Handhabung der „Hausordnung“ an und setzte zugleich die Gehilfen auf den Minimallohn. Auf diese Weise schlug die erhoffte Lohn-erhöhung für einen Teil der Beteiligten in Abzöge um. Als die Gehilfen gegen das sonderbare Vorgehen der Firma vorstellig wurden, belamen sämtliche Verbandsmitglieder, nimm Mann, die Kündigung. — In Braunschweig haben außer der Druckerei unseres Parteiblattes nur noch zwei Firmen die Forderungen der Gehilfen voll anerkannt. Fast alle übrigen Firmen bewilligten die Forderungen bis auf die vom Kreisamt festgesetzte Erhöhung des Lokalausflages um 2 1/2 Proz., da sie die Kreisämter nicht als zu Recht bestehende Institutionen betrachteten. — In Schleswig-Holstein gelang die Durchführung fast allgemein, wenn auch teilweise mit einigen Schwierigkeiten. Anerkannt haben: 17 Prinzipale in Kiel (darunter Schleswig-Holsteinische Volkszeitung), in Husum (wie schon gemeldet) zwei Geschäfte, ebenso wie in Kendsburg, eine in Schleswig. In Flensburg erschienen am 2. Januar sämtliche Zeitungen mit vermindertem Inhalt und zum Teil verspätet. Der Grund lag darin, daß die betreffenden Prinzipale den Tarif erst gegen Mittag anerkannten, während die Segel bis dahin passiven Widerstand geleistet, also nicht gearbeitet hatten. Dank der Einmütigkeit aber gelang es den Buchdruckern, sämtliche 5 Geschäfte am Mittag zum Kapitulationen zu zwingen. Die Zeitungen redeten sich mit Störungen im technischen Betriebe“ aus. Weiter bewilligten Kröger-Blankeneise, 2 Geschäfte in Elmshorn, Martin-Christiansfeld, Norddeutscher Courier (Höhe) und Vergedorf, ferner Raven-Plön, Augustin-Slackstadt, die Buchdruckerei in Wpenrade. — Abgelehnt haben die Begabung nach dem neuen Tarife: Sutor-Oldesloe und Bränkel-Oldenburg in Holstein. Die starke Strömung, die sich im Kreise I der Tarifgemeinschaft seitens der Arbeiter geltend gemacht hat, ist auch nicht ohne Auswirkung auf die Einführung des Tarifes in Schleswig-Holstein geblieben. Veig-Pinneberg und die Buchdruckerbesitzer in Neumünster, der viergrößten Stadt der Provinz, wollen den fünfprozentigen Lokalausschlag nicht bezahlen. — In Hamm i. W. haben alle Firmen anerkannt. — Die Stuttgarter Prinzipale wollen den Tarif ebenfalls zahlen und bewilligten den bisher über 27,80 M. wöchentlich bezahlten Gehilfen an Stelle der geforderten 5 Proz. eine Aufbesserung von 3 Proz. — In Augsburg wurde der Tarif in allen Geschäften zugestanden.

Eine Gewerkschafts-Zahlstelle kein selbständiger Verein. Den § 2 des Vereinsgesetzes sollten die Glasarbeiter Kossay, Christiani, Binder und Reimonan dadurch überleben haben, daß sie als Vorstandsmittelglieder der Zahlstelle Wiesen des Deutschen Glasarbeiter-Verbandes der Ortspolizeibehörde die Vereinsstatuten und ein Mitgliedereverzechnis nicht eingereicht hatten. Das Landgericht Sagan als Berufungsinstanz sprach jedoch die Angeklagten mit folgender Begründung frei: Es sei allerdings anzunehmen, daß der Verband der Glasarbeiter eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, denn die von ihm bezweckte Förderung der materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder könne er mit den im Statut angegebenen Mitteln (den bekannten Mitteln aller Gewerkschaften) nur durch ein Hinsandgeben über die Einzelinteressen seiner Mitglieder erreichen. Für die Anwendung des § 2 des Vereinsgesetzes, dem der Verband somit unterfalle, wäre nun aber hier entscheidend, ob die Zahlstelle Wiesen ein selbständiger Verein sei. Das müsse verneint werden. Die Zahlstelle wäre ein selbständiger Verein und § 2 fände hier Anwendung, wenn sie ein besonderes Vereinsleben geführt hätte, was aber nie der Fall gewesen sei. Zwar seien Bevollmächtigte, Schriftführer und Beisitzer, wie es das Verbandsstatut zur Erleichterung der Geschäftsbildung mit den Mitgliedern der einzelnen Orte gestalte, ernannt worden, indessen stehe nur fest, daß der Bevollmächtigte Kossay Mitgliederbeiträge entgegen genommen und Gelder an den Verbandsvorstand abgeliefert habe. Seine Tätigkeit sei die einer einzelnen Person gewesen. Die Zahlstelle habe als solche nur das Scheindasein eines Vereins geführt. Somit könnten die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes nicht angewendet werden. Die Angeklagten seien zur Einreichung der Statuten und des Mitgliedereverzechnisses nicht verpflichtet gewesen. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, zur Anwendung der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes genüge, daß der Verein „Zahlstelle Wiesen des Glasarbeiterverbandes“ gestiftet worden sei. Die Stiftung im Sinne des § 2 lege nicht eine Tätigkeit des Vereins voraus. Im übrigen habe der Bevollmächtigte ja Beiträge angenommen und Gelder abgeliefert. — In der Verhandlung vor dem Kammergericht vertrat Rechtsanwalt Dr. G. Heimann die Angeklagten. Er betonte, daß es nicht richtig wäre, daß der Verband bei seinen Bestrebungen über die Privatinteressen seiner Mitglieder hinausgehe. Wollte man dies aber annehmen, so habe doch der Vorderrichter zu erforschen das Wesen eines selbständigen Vereins in Wiesen verneint. — Der Straftatbestand des Kammergerichts wies die Staatsanwaltschaft

Revision mit der Begründung zurück, daß sie an der tatsächlichen Feststellung scheiterte, daß die Zahlstelle nur zur Erleichterung des Betriebes des Verbandsvorstandes mit den Mitgliedern in Wiesen eingerichtet worden sei und daß eine besondere Vereinsbetätigung der Zahlstelle nicht stattgefunden habe. Sei sie hiernach nicht ein selbständiger Verein, so könne das Vereinsgesetz gegen die Angeklagten nicht angewendet werden.

Auf der Rochschen Schiffswerft in Lübeck wurden am Sonntag ca. 40 Arbeiter entlassen. Die Rochsche Werft ist dieselbe, welche vor kurzer Zeit ihr gesamtes Personal wegen Teilnahme an dem Verbrüden eines vernünftigen Kameraden auf mehrere Tage aus-sperrte. Den jetzt entlassenen Arbeitern ist als Grund der Entlassung Arbeitsmangel angegeben; bei den Verhältnissen in Rochschen Betriebe ist es natürlich nicht ausgeschlossen, daß andre, nicht angegebene Gründe den Ausschlag gegeben haben.

Die Germaniawerft in Kiel lacht durch Zeitungsinferate und Agenten Schloffer und Schmitze. In Kiel herrscht an solchen kein Mangel; es ist deshalb die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß der künstliche Zug von Metallarbeitern nach Kiel zu einem Schlag gegen die dortige Arbeitererschaft ausgebeutet werden kann.

Der Zug von Zimmerern nach Goldberg (Mecklenburg) ist wegen Aussperrung der dortigen Zimmerer strikte fern-zuhalten.

Ausland.

In Paris streiken schon seit mehreren Wochen 200 Hutmacher, weil eine Anzahl Unternehmer die leiner Zeit aufgestellten Tarife zu durchbrechen versuchten.

Die ausländigen Metallarbeiter von Barcelona haben beschlossen, bei ihren Forderungen zu beharren und dieselben sogar noch zu erhöhen. — Ein anarchistisches Flugblatt fordert die Arbeiter zum allgemeinen Ausstände auf; die Polizei verhindert die Verbreitung dieses Flugblattes.

Die ausländigen Tabakarbeiter in Madrid hielten am Montag eine Versammlung ab. Als die Versammlung von der Polizei aufgelöst wurde, kam es zu einem Zusammenstoß mit dieser, wobei zwei Personen verwundet wurden.

Gerichts-Beilage.

Gegen § 11 des Preßgesetzes sich vergangen zu haben, war gestern unter verantwortlicher Redaktion Karl Leid angeklagt. Im Oktober vorigen Jahres hatte der „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Epithoden vom Antimisenentage“ auch eine von Herrn Dr. Giese gehaltene Rede wiedergegeben und daran einige Schlussfolgerungen geknüpft. Daraufhin sollte Herr Giese dem „Vorwärts“ eine Ver-rückung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zu, die aber keine Aufnahme fand, weil sie den Erfordernissen des herangezogenen Paragraphen nicht entsprach.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht beantragte der Amtsanwalt 20 M. Geldstrafe oder 4 Tage Haft und nachträgliche Aufnahme der Verurteilung. Der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung und legte die Kosten der Staatskasse zur Last.

Das Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte gestern gegen den Arbeiter Paul Lachinski wegen schweren Raubes. Der Geschädigte war der italienische Ziegeleiarbeiter Barbolo Jagelini, welcher folgende Schilderung von dem in Rede stehenden Vorfall gab: Nach mehrmonatlicher Arbeit im Hannover-schen sei er am 8. Juli v. J. nach Berlin gereist, um nach einer bei Oranienburg gelegenen Ziegelei zu gelangen. Auf dem Seltiner Bahnhofs angelangt, erfuhr er, daß erst am nächsten Morgen ein Zug nach Oranienburg abgehe. Er sei durch die Invalidenstraße gegangen, um sich nach einer Herberge umzusehen. In einer Thür-nische in der Nähe des Reuen Adores habe er zwei Männer auf der Steintreppe sitzen sehen, die er gestraft habe, ob sie ihm ein Quartier nachweisen könnten. Die beiden Männer hätten sich erhoben und erklärt, daß sie ihm als gute Kameraden ein Unterkommen besorgen würden. Sie hätten ihn nach dem Humboldt-Hofen geführt, wo ein mit Hen beladener Kahn am Ufer lag. Seine Begleiter hätten so viel von der Ladung herausgerissen, wie zur Bereinigung eines Lagers am Ufer-rand nötig war. Sie hätten sich dann zur Ruhe gelegt und zwar in der Weise, daß der Jüngere in der Mitte gelegen habe. Vorher habe der Angeklagte Lachinski ihm geraten, sein Geld wohl zu verwahren und er habe ihm darauf erwidert, daß es in der linken Tasche seines Weinleides stecke. Die Frage habe ihn aber doch zur Vorsicht er-mahnt und zur Eiderbeit habe er seine Hand in der Tasche gehalten und sein Portemonnaie, das 67 M. enthielt, damit bedeckt. Sie mochten etwa eine halbe Stunde gelegen haben, als der ihm zur Linken liegende Lachinski ihn mit einem plötzlichen Ruck die Hand aus der Tasche gezogen habe. In derselben Zeit sei er von seinem zur Rechten liegenden Nebenmann an beiden Armen gepackt und trotz seiner Gegenwehr und Hilferufe so lange fest gehalten worden, bis Lachinski ihm die Tasche, die außer dem Portemonnaie noch ein Messer und einen Tabaksbeutel enthielt, an-geräumt hatte. Dann seien die beiden Räuber davongelassen. Nachdem der Zeuge, der bei dem Ueberfall auch verschiedene Faustschläge gegen den Kopf erhalten hatte, sich etwas erholt hatte, sei er den beiden Flüchtigen nachgerannt. An ein Einholen derselben war nicht zu denken. Tief betrübt über den Verlust seiner ganzen Habe sei er durch die Invalidenstraße gegangen. Da sei ihm Lachinski be-gegnet. Zum Glück sei gerade ein Schuttmann des Weges gekommen, dem er den Angeklagten übermittelte habe.

Im Termin trug Lachinski dem Gerichtshof eine sonderbare Geschichte war. Sie hätten nicht neben dem Kahn, sondern auf demselben im Hirt gelassen, wie es gewöhnlich der Fall sei, mit noch 40-50 andern Obdachlosen. Kaum eingeschlafen, sei er durch Fuß-tritte gegen den Kopf gewedt worden. Er habe dem Störnfried zugeraufen, ihn in Ruhe zu lassen, dieser habe ihm als Antwort aber noch einen wüthigen Fußtritt gegen den Kopf versetzt, sei dann vom Kahn gesprungen und davongelaufen. Der Angeklagte sei ihm nachgerannt, um Rache zu üben, in der Invalidenstraße aber umgelehrt, weil er keine Aussicht auf Erfolg hatte. Er habe nach dem Kahn zurückkehren wollen, als der Italiener ihm begegnet sei. Dieser müsse inzwischen von andern Personen überfallen sein. Bei Lachinski wurde kein Geld, wohl aber ein Taschmesser gefunden, das dem Verurtheilten gehörte. Den Beamten war auf-gefallen, daß die Kleidung des Zeugen Jagelini einem eigentümlichen, nicht gerade lieblichen Geruch anströmte. Der-selbe Geruch haften dem Messer an. Die Geschworenen prüften mit der Nase, aber durch die Länge der Zeit war der Geruch verflöhen. Der Angeklagte erklärte, daß er den zweiten Schlafkollegen des Zeugen nicht lenne, er wisse bloß, daß es der polnische Herrmann gewesen sei. Derselbe hat nicht ermittelt werden können. Da die Schuld des Angeklagten durch die Beweisaufnahme erwiesen wurde, mußte der Verteidiger, Rechtsanwalt Steinsneider, sich darauf be-schränken, für Jubiligung mildeinder Umstände einzutreten. Die Geschworenen verurteilten solche, worauf der Staatsanwalt gegen den Angeklagten sechs Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aussicht beantragte. Der Gerichtshof erkannte auf fünf Jahre drei Monate Zuchthaus, zehnjährigen Ehrverlust und Polizei-Aussicht. Drei Monate wurden durch die erklarte Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Der betrunkenen Kriminalbeamte. Wegen Inubefugter Arre-stierung, wegen vorläufiger Körperverletzung in Ausübung seines Amtes und wegen Beleidigung eines Arrestanten war der Kriminal-schuttmann Karl Friedrich Wilhelm Martke gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht II angeklagt. Die zur Verhandlung stehende Sache erhielt ein eigentümliches Colorit, als bei Beginn der Verhandlung der öffentliche Ankläger, Staatsanwaltschafts-rat Chrzesowitski, die Frage aufwarf, ob in diesem Fall der Kompetenzkonflikt erhoben worden sei. Der Vorsitzende Land-gerichts-Direktor Gary konstatierte aus den Akten, daß der Kom-petenzkonflikt angeregt und die Akten zu diesem Zweck

dem Hgl. Polizeipräsidenten zugestellt worden seien. Der Oberstaats-anwalt habe jedoch angezeigt, daß das Polizeipräsidentum es in diesem Fall ablehne, den Kompetenzkonflikt zu erheben, da der Beamte Martke bereits aus dem Dienste entlassen worden sei. Der Anklage nach soll der An-geklagte am Abend des 24. Juli den Handelsmann Rubzel auf der Straße in Tempelhof verurteilt, mit den Knien in das Kreuz und den Fäusten in das Genick gestoßen haben. Der Angeklagte bestritt die Mithandlung. Die umfangreiche Beweisaufnahme ergab jedoch ein ganz andres Bild. Danach erwichen der Handelsmann Rubzel abends um 1/27 bei dem Gärtnermeister Richnow, um Rollen und Fiederblätter zu kaufen. Richnow bestellte ihn zum nächsten Morgen. Als Rubzel den Garten verließ, trat ihn der Angeklagte entgegen und wollte sehen, was sich in dem Korbe befand. Der Korb war offen und ohne Decke, der Beamte hätte also sehen müssen, daß nichts darin war. Trotzdem brachte er R. zum Amts-bureau. Gärtner Richnow, welcher erkannte, daß der Beamte betrunken war, folgte dem Transport, er sah, daß Rubzel seine Papiere vorzeigte, daß ihn der Angeklagte aber trotzdem vor sich hertrieb, mit den Knien in das Kreuz und mit den Fäusten ins Genick stieß. Dasselbe hat auch noch ein Duzend anderer Zeugen gesehen. Richnow hat den Arrestanten auf der Wache rekognoszirt und darauf hat der Angeklagte den Rubzel entlassen, ohne hinterher Anzeige zu erstatten. Im Gegentheil hat er sich bei dem Arrestanten noch zu entschuldigen versucht. Obwohl der Angeklagte auch Ent-lastungszeugen geladen hatte, erschien seine That in keinem milderen Lichte, der Gerichtshof erkannte daher auf vier Monate Ge-fängnis und Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes auf ein Jahr.

Wegen Vergehens gegen das Einkommensteuer-Gesetz hatte sich gestern der reiche Kartonpapier-Fabrikant Adolf Southeim vor dem siebenten Strafkammer des Landgerichts I zu ver-antworten. Er war durch eine Denunziation beschuldigt worden, das Klein-Einkommen aus seinem kaufmännischen Geschäft, welches er in Gemeinschaft mit einem Verwandten betrieb, mehrere Jahre hindurch der Steuerbehörde falsch angegeben zu haben. Er bestritt entschieden, sich des Steuervergehens schuldig gemacht zu haben und behauptete, daß die Buchführung, deren Ergebnisse gegen ihn ins Feld geführt würden, durchaus unzweifelhaft sei. Der Gerichtshof hielt nach längerer Beweiserhebung eine Steuerhinterziehung für vorliegend und verurteilte ihn zu einer Gesamtstrafe von 6132 M.

Versammlungen.

In einer öffentlichen Stuccateur-Versammlung, die am Montag im Gewerkschaftshaus tagte, sprach Rosen er über das Submissionswesen. Er verwies zunächst auf den Unglücksfall im Palmengarten zu Leipzig. Im Konzertsaal dieses Lokals ist vor einigen Monaten während einer Aufführung ein großes Stück des Ge-simmes herabgefallen, wodurch eine Person getötet und 3 andre verletzt worden sind. Die Stuccateure Leipzigs erklärten damals, die Ursache des Unfalles sei in der mangelhaften Ausführung der Stud-keip der Bahigarbeiten zu suchen. Die bekannte Firma Bostwan u. Anauer, welche die betreffenden Arbeiten ausgeführt hat, bestritt das. Nachher sind die Arbeiten durch eine Sachverständigen-Kom-mission untersucht worden. Es ist zwar noch nicht end-gültig festgestellt, was die Ursache des Unfalles ist, aber die Kommission hat ihr Gutachten dahin abgegeben, daß das ganze Gefimm des Konzertsaales abgetragen werden muß, weil die Gefahr besteht, daß noch weitere Teile desselben herabstürzen könnten. In seinen ferneren Ausführungen legte der Redner dar, daß das Submissionswesen zur Preisdrückung, und diese wieder zur Herstellung unsolider Arbeiten führe, wodurch dann Unglücks-fälle wie der in Leipzig erklärlich werden. An mehreren Beispielen zeigte der Redner, daß die Firma Bostwan u. Anauer bei Submissionen erheblich niedrigere Preise stellt als die Konkurrenz-geschäfte. Es solle durchaus nicht gesagt werden, daß die Firma un-solide Ausführung von Arbeiten anordne, wohl aber könne man an-nehmen, daß die Leiter der Arbeiten, Voltere etc., bei jeder Gelegenheit an den Kosten der Arbeit zu sparen suchen, um die bei einem günstigen Geschäftsabstufung seltene Belohnung einzubeimsen. Derartige Mithände würden nicht vorkommen, wenn das Umrufen der Sub-missionen nicht bestände. Der Referent empfahl eine Resolution, welche einmütig angenommen wurde. Diefelbe fordert Abschaffung der Submission, Ausführung öffentlicher Arbeiten in eigener Regie der bauausführenden Behörde, sowie Einsetzung von Sachmänner-Kommissionen zur Ueberschauung der Arbeiten. — Ferner beantragte die Versammlung ihr Bureau mit der Ausarbeitung einer Petition an die Behörden, worin um schleunige Juangriff-nahme der auszuführenden Arbeiten ersucht wird, um der Arbeits-lofigkeit möglichst zu steuern. — Der Vorsitzende Dackhoff forderte die Kollegen auf, sich vollständig an der von der Gewerkschafts-kommission beschlossenen Arbeitslosgenzählung zu beteiligen.

Eine öffentliche Bäcker-Versammlung, die in erster Linie der Agitation für den Verband diene, tagte am Dienstagmorgens in der Weberei 17. Der Referent Barth legte die Aufgaben und Ziele des Verbandes dar. Er hob besonders hervor, daß den Mit-gliedern des Verbandes vom 1. Januar 1903 an Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt wird, und zwar 1 M. pro Tag nach ein-jähriger, 1.20 M. nach dreijähriger und 1.50 M. nach fünfjähriger Mitgliedschaft. Auch wird Kranken-Unterstützung, Krankunterstützung und Sterbegeld gewährt. Es wird erwartet, daß diese Neuerungen die der Organisation fernstehenden Kollegen zum Anstoß an dieselbe veranlassen. Au die Organisation in Berlin zu fördern, beabsichtigt der Verband, die Bezirkseinteilung in Berlin einzuführen und den Obmännern der Bezirke die Aufgabe zu erteilen, in persönlichem Verkehr mit den Mitgliedern ihres Bezirks die Agitation und Organisation plan-mäßig zu fördern. Es sei nunmehr Pflicht aller Kollegen, die Be-strebungen des Verbandes zu unterstützen und an dessen Arbeiten teilzunehmen. — Nach einer regen Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, wurde eine Resolution angenommen, worin sich die Versammlung mit dem von Verbande eingesetzten Neuerungen einverstanden erklärt und jeder Teilnehmer sich verpflichtet, Sorge zu tragen für die Stärkung des Verbandes. — Hierauf besprach Sey-sold die bevorstehende, von der Gewerkschaftskommission aus-gearbeitete Arbeitslosgenzählung und eruchte die Kollegen um allseitige Unterstützung und Förderung dieses Unternehmens.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Homburg v. d. S., 7. Januar. (W. T. V.) Wie der „Tammshote“ meldet, entgleite ein heute früh 6 Uhr von hier nach Köppern abgegangener leerer Zug auf dem Bahnhof Friedrichsdorf infolge falscher Weisenstellung. Der hintere Teil des Zuges rief ab und stürzte um, Personen wurden nicht verletzt. Beide Gleise waren gesperrt.

Ulm, 7. Januar. (W. T. V.) Großes Aufsehen erregt die Ver-haftung des Paters Rims in Rudelzau, die man mit dem am Sonn-abend erfolgten Tode seiner früheren Wirkstätigkeit in Verbindung bringt.

Kassel, 7. Januar. Der Besuch ist neuerdings in Thätigkeit getreten. Ungeheurer Plammen schlagen aus dem Innern empor. Große Massen Lava werden ausgeworfen. Bis jetzt ist jedoch keine Gefahr vorhanden.

London, 7. Januar. (W. T. V.) Die Blattern treten jetzt auch vielfach in den Provinzen auf. Die Zunahme der Erkrankungsfälle in London macht die rasche Herichtung eines weiteren Hospitals notwendig.

London, 7. Januar. Das „Newliche Bureau“ ist zu der Er-klärung ermächtigt, daß der von dem „Daily Express“ veröffentlichte angeblich von Lord George Hamilton an zwei große Fabrikbesitzer in Deutschland gerichtete Brief betreffend den englischen Vorkauf der deutschen Exportindustrie (siehe unter Ausland) eine einfache Fälschung ist. Ein derartiger Brief sei weder von Lord Hamilton selbst noch mit seiner Ermächtigung geschrieben worden.

Ein Kritiker.

Genosse Parvus fordert die Aufnahme des nachfolgenden Artikels, der die Verhältnisse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des „Vorwärts“ im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit und für den Arbeiterschutz aufzudecken soll. Genosse Parvus schreibt:

Die Handelskrisis und der Achtstundentag.

Der Leitartikel des „Vorwärts“ vom 24. Dezember berührt Fragen, die der weitesten Beachtung wert sind. Es ist richtig, daß die Handelskrisis ihre äußersten Konsequenzen noch nicht gezogen hat. Wenn auch die Momente eines neuen Aufschwungs sich wohl im voraus bestimmen lassen, so ist doch die Dauer der Krisis unbestimmbar. Die Not ist groß, die Not steigt und die Krisis kann noch lange dauern. Gewiß ist die Handelskrisis ein regelrechtes Produkt der kapitalistischen Produktionsentwicklung, doch trägt auch der Staat an ihr einen großen Teil der Schuld: durch seine sich selbst überbietenden Flottenrüstungen steigerte er künstlich die Lebensmittelproduktion, durch die Weltmarktspekulationen „Politik“ förderte er den Grundbesitz und durch beides zusammen überlastete er das Staatsbudget, so daß die Regierung jetzt, zur Zeit der Not, statt Steuererleichterungen eintreten zu lassen, nach neuen Steuerquellen sucht. Und als die Handelskrisis hereinbrach, da hat die Regierung eine Aktion unternommen, durch die sie die Krisis eminent verschärft und in die Länge zieht. Die Zolltarif-Vorlage ist schon selbst, abgesehen davon, ob sie Gesetz wird, ein großes Hemmnis der industriellen Entwicklung. Da der spezialisierte Zolltarif alle Preise beeinflusst, so weiß kein Fabrikant mehr, mit welchen Produktionsbedingungen er zu rechnen haben werde: welche Preise für Rohstoffe, Halbfabrikate, Maschinen, welche Arbeitslöhne zu bezahlen sein werden. Und kein Mensch weiß, wie sich die Beziehungen zum Ausland gestalten werden. So wird die durch die Handelskrisis erzeugte Unsicherheit der Zustände noch unsicherer gemacht und der Unternehmungsgeist vollends gelähmt. Die akute Krisis verwandelt sich in eine schleichende und der Notstand scheint kein Ende nehmen zu wollen. Hier ist der Punkt, wo wir eingreifen haben.

Der Verfasser des erwähnten Artikels fordert mit Recht vor allem eine Statistik der Arbeitslosen. Er will eine fortlaufende Zählung, die Arbeitslosenstatistik als ständige Institution. Ich verspreche mir — und darin differiere ich vom Artikelredakteur — nichts von dem „Gewissen“ des Staats, das durch solche Feststellungen „geschärft“ werden soll, aber ich vermag Ihnen andre gewichtige Vorteile abzugewinnen. Vor allem wäre ja dadurch eine wertvolle faktische Grundlage für die Arbeitslosen-Unterstützung geschaffen, was es sich dabei um eine staatliche, kommunale oder gewerkschaftliche Aktion handelt. Aber auch darüber hinaus und selbst zur Zeit des guten Geschäftsganges wäre mancher Streit vermieden worden, wenn die Arbeiter und die Unternehmer über die Lage des Arbeitsmarktes genau unterrichtet wären. Und noch anderes mehr! Doch nun ein derartiger Antrag gegenwärtig im Reichstag ziemlich ansichtslos wäre, darf für uns gewiß kein Grund sein, von ihm abzusehen, aber es darf uns auch nicht hindern, uns nebenher nähere, sofort realisierbare Ziele zu setzen. Eher schon, als die Arbeitslosenstatistik als Reichsinstitution, ließe sich eine Arbeitslosen-Zählung im 1895 erreichen. Da es der „Vorwärts“ übersehen zu haben scheint, so mache ich darauf aufmerksam, daß eine solche Zählung seit Monaten von unserer Provinzpresse verlangt wird. Schon der Lüderer Parteitag hätte sich damit zu beschäftigen gehabt, wäre nicht die Handelskrisis von der Tagesordnung abgesetzt. Seitdem ist die Forderung wiederholt erneuert worden. Die Erhebungen, welche die Regierungen selbst über den Notstand pflegen, haben unsere Provinzpresse in ihrem Verlangen nach einer allgemeinen statistischen Aufnahme nur verstimmt. Ich glaube, es wäre sehr zweckmäßig, wenn unsere Fraktion, vielleicht anlässlich der bereits eingebrachten Notstandsinterpellation, einen entsprechenden Antrag im Reichstage stellen würde.

Das beste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ist die Einführung des Normalarbeitstages. Das ist die allgemeine Meinung der Partei. Der Artikelredakteur betont mit Recht, daß zur Zeit des Aufschwungs eine schrankenlose Ausnutzung der Arbeitskraft stattfand und daß der Staat nichts getan habe, um die Arbeitszeit einzuschränken oder zu regeln. Doch dürfen wir uns deshalb nicht verhehlen, daß zur Zeit des stottern Geschäftsanges unter den Arbeitern selbst leider nur noch viel zu viele dem Augenblicksinteresse nachgeben und gern Überzeitarbeit leisten, was sich später an ihnen durch Arbeitslosigkeit und frühzeitiges Nachlassen der Arbeitskraft bitter rächt. Ganz anders ist die Situation jetzt, zur Zeit der Handelskrisis. Jetzt würden es die Arbeiter in den Fabriken als eine wahre Wohltat empfinden, wenn durch eine allgemeine Kürzung und Regelung der Arbeitszeit Einhalt getan worden wäre. Denn die Arbeitslosigkeit ist ja nicht nur für sich ein Uebel, das Anwachsen der Reserve-Armee drückt allgemein die Löhne nieder, es ist wie ein Blut, die alles niederreißt, sodas niemand mehr sich in seiner Stellung sicher fühlt. Auch würden es die Arbeiter vorziehen, die tägliche Arbeitszeit zu kürzen, statt, wie das jetzt vielfach üblich ist, schwächliche auszuweichen. Zugleich muß während der Handelskrisis, da überall Arbeiterentlassungen und Kürzungen der Arbeitszeit vorgenommen werden, auch der Widerstand der Unternehmer gegen den gesetzlichen Normal-Arbeits-tag geringer sein. Dazu kommt, daß eine Normierung der Arbeitszeit nicht nur den Arbeitern zu gute kommen, sondern sehr erheblich zur Sanierung der zerrütteten Produktionsverhältnisse beitragen würde, da dadurch wenigstens an einem Punkt der maßlosen Konkurrenz ein Hemmnis gesetzt worden wäre. Aus alledem ziehe ich den Schluß, daß die Situation sich jetzt mehr denn je dazu eignet, um einen Vorschlag zu Gunsten des Normal-Arbeits-tages zu machen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat den Achtstundentag auf ihrem Programm. Die Fraktion hat denn auch seit Jahren von der Partei den Auftrag, einen Gesetzentwurf über den Achtstundentag im Reichstage einzubringen. Der in den letzten Sesssionen wiederholt eingebrachte Antrag, der die Regierung mit der Ausarbeitung eines derartigen Gesetzentwurfs beauftragte, hat seine Aufgabe erfüllt — er hat eine Diskussion herbeigeführt, die uns sehr zu Nutzen kam. Jetzt müssen wir einen Schritt weiter thun und einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen.

Das Interesse für den Normal-Arbeits-tag ist um so allgemeiner, je allgemeiner seine Wirkung. In Deutschland würde ein zehnstündiger Normal-Arbeits-tag gerade die fortschrittlichsten Industrien, in denen schon jetzt weniger als 10 Stunden effektiv gearbeitet wird, ganz außerhalb des Interessensbereiches lassen. Man möchte das Gesetz so formulieren, daß, neben dem zehnstundentag als maximale Arbeitszeit, sofort auch in denjenigen Betrieben, die bereits weniger als zehn Stunden arbeiten, eine Kürzung der Arbeitszeit vorgenommen werde, und daß im Laufe einer bestimmten Frist die Arbeitszeit überall auf den Achtstundentag reduziert werde.

Ich lege dort ein, wo der besprochene Artikel aufhört: wir dürfen uns nicht mit der Kritik allein begnügen, wir müssen praktische Arbeit leisten — praktisch freilich im alten Sinne der revolutionären deutschen Sozialdemokratie, nicht als Konzeption an den Augenblick, sondern als Ausnützung der augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Lage zur Förderung unseres allgemeinen Zieles. Was es uns auch vorläufig nicht gelingen, ein Gesetz zu stande zu bringen, so werden wir doch durch die Agitation die Organisation des Proletariats fördern, und in dieser liegt die Gewähr dafür, daß wir nicht nur den Achtstundentag, sondern unser ganzes Programm durchführen werden.

Die Vorwürfe, die Genosse Parvus gegen die Fraktion und den „Vorwärts“ erhebt, sind gänzlich unberechtigt.

1. Parvus schreibt:

Eher schon als die Arbeitslosenstatistik als Reichsinstitution ließe sich eine Arbeitslosenzählung wie 1895 erreichen. Da es der „Vorwärts“ übersehen zu haben scheint, so mache ich darauf aufmerksam, daß eine solche Zählung seit Monaten von unserer Provinzpresse verlangt wird.

Es ist interessant, gerade durch Parvus einer Nachlässigkeit geziehen zu werden, weil wir die seines Erachtens weitergehende Forderung einer Arbeitslosen-Statistik vor die von ihm in einigen Parteiblättern erhobene possibilitiesche Forderung einer Arbeitslosen-Zählung gestellt hätten. Wir bedauern jedoch, des uns durch Parvus zugesprochenen Ruhmes der radikalere Forderung nicht teilhaftig zu sein. Denn unsere Forderung einer Arbeitslosen-Statistik bedeutete für jeden, der vorurteilslos lesen wollte, nicht die Ausschließung einer einmaligen Zählung nach dem Muster der Zählung von 1895. Wenn unser Leitartikel vom 24. Dezember die Arbeitslosen-Statistik als ständige Institution verlangte, so erwuchs dies Verlangen aus der Kritik der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis und konnte nicht eine erst nach längerem Zeitraum zu verwirklichende Statistik bedeuten, sondern eine Statistik, die alsbald den Thatbestand aufnehmen, aber sich hierauf nicht beschränken sollte.

Und in diesem unanschätzbaren Sinne haben wir die Forderung der Arbeitslosen-Statistik nicht erst in dem Artikel vom 24. Dezember erhoben, sondern längst vorher. So sehr wir uns der Sünde schuldig bekennen, durch die Lesüre Parvuscher Artikel unsere Zeit nicht allzusehr zu belasten, so wenig vermag seine jegliche Rührung uns von den üblen Folgen dieser Verhinderung in der Frage der Arbeitslosen-Statistik zu überzeugen. Es genügt zu erinnern, daß der „Vorwärts“ bereits am 24. Oktober 1901 bezüglich der vom preussischen Staatsministerium beschlossenen Enquete schrieb:

Die angeordneten Erhebungen durch die Behörden können keine auch nur annähernd genauen Feststellungen des Umfangs der Arbeitslosigkeit ergeben. Es wäre eine sorgfältige Arbeitslosen-Statistik aufzunehmen, deren Vorbereitung freilich längst hätte in die Wege geleitet werden müssen. Wir haben diese Forderung schon vor vielen Monaten, als die wirtschaftliche Krise zuerst um sich griff, erhoben.

Vor allem ist das Reich verpflichtet, endlich, in dieser Zeit wachsender Arbeitslosigkeit, die Forderungen des Reichs-Arbeitsnachweises und des eindringlichen Arbeiter-schreyes, insbesondere des achtstündigen Arbeitstages zu erfüllen.

Wir müssen also bedauern, in diesem Fall der Genialität des Genossen Parvus für die schwierige Erkenntnis der Notwendigkeit einer Arbeitslosenzählung nicht bedurft zu haben.

2. Parvus schreibt:

Ich glaube, es wäre sehr zweckmäßig, wenn unsere Fraktion, vielleicht anlässlich der bereits eingebrachten Notstandsinterpellation, einen entsprechenden Antrag auf eine Arbeitslosenzählung durch das Reich stellen würde.

Dieser Vorschlag ist keineswegs sehr zweckmäßig, sondern un-durchführbar, da nach § 33 der Geschäftsordnung des Reichstages die Stellung eines Antrags bei der Besprechung der Interpellation unzulässig ist.

Ein selbständiger Initiativantrag würde voransichtlich, bei der jetzigen Ueberlastung des Reichstages mit Regierungsvorlagen, erst nach Wochen zur Diskussion kommen. Deshalb wähle die Fraktion in ihrer Tagesübersicht, in der sie die Arbeitslosen-Interpellation beschloß, den einfacheren Weg, die Redner der Fraktion zu beauftragen, die Vor-nahme einer Arbeitslosen-Zählung durch das Reich zu fordern. Auch ohne formalen Antrag können dann die übrigen Parteien des Reichstages wie die Regierung zu dieser von uns erhobenen Forderung Stellung nehmen.

3. Parvus schreibt:

Die Fraktion hat seit Jahren von der Partei den Auftrag, einen Gesetzentwurf über den Achtstundentag im Reichstage einzubringen. Der in den letzten Sesssionen wiederholt eingebrachte Antrag, der die Regierung mit der Ausarbeitung eines derartigen Gesetzentwurfs beauftragte, hat seine Aufgabe erfüllt — er hat eine Diskussion herbeigeführt, die uns sehr zu Nutzen kam. Jetzt müssen wir einen Schritt weiter thun und einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen.

Zunächst ist es unrichtig, daß die Fraktion einen derartigen Auftrag von der Partei erhielt. Wohl war auf dem Stutt-garter Parteitag 1898 ein solcher Antrag vom 6. sächsischen Wahlkreis gestellt; er wurde aber vom Parteitage, und das ist doch diejenige Vertretung der Partei, die überhaupt der Fraktion Auf-träge zu erteilen hat, ihr nur als Material überwiesen (siehe Protokoll Seite 158), das heißt: die Fraktion erhielt das Recht, wie Singer es vor der Abstimmung (siehe Protokoll, Seite 148) dar-gelegt hatte, die Anträge je nach Zweckmäßigkeit zu behandeln. Nun hielt aber die Fraktion nach eingehender Debatte es weder agitatorisch noch parlamentarisch für nützlich, anstatt eines Antrags einen Gesetzentwurf einzubringen. Im Gegen-teil: ein Antrag kam, da er kürzer als ein Geset-entwurf die Forderungen zusammenzufassen vermag, bei der Agitation besser zum Verständnis der Massen gelangen als ein wegen seiner technischen Einzelheiten notwendigerweise längerer Gesetzentwurf. Und im Reichstage kommt ein von Mitgliedern des Hauses eingebrachter Gesetzentwurf nicht eher zur Verhandlung als ein Antrag! Die Fraktion hat also nicht entgegen einem „Auf-trage der Partei“ wirklich den von Parvus gewünschten Geset-entwurf nicht eingebracht, sondern nach reiflicher Ueberlegung die zweckmäßigere Form des Antrags gewählt, zu der sie laut Beschluß des Stuttgarter Parteitages berechtigt war.

4. Parvus wendet sich gegen die von der Fraktion beantragte Maximalarbeitszeit von zehn Stunden, die „innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden verkürzt“ werden soll.

Vor dem Lüderer Parteitage griff Parvus die Fraktion an, weil sie überhaupt einen zehnstündigen Maximalarbeits-tag fordere und nicht nur den Achtstundentag. Genosse Wurm wies in Lüder diese auf Unkenntnis der Beweggründe der Fraktion beruhenden Angriffe unter Zustimmung des Parteitages zurück. Jetzt mäkel Parvus daran, weil nicht gefordert wird, daß „sowohl auch in den wenigen Betrieben, die bereits weniger als 10 Stunden arbeiten, eine Kürzung der Arbeitszeit vorgenommen werde“. Auch hier irrt sich Parvus. Die Fraktion war selbstverständ-lich der Ansicht, daß bei Begründung des Antrags, die leider noch nicht erfolgen konnte, gefordert wird, die Arbeitszeit in den heutigen zehnstündigen-Betrieben schneller auf acht Stunden zu reduzieren als in denen, die jetzt noch 13 Stunden arbeiten. Der Wortlaut des Antrags besagt, daß die zehnstündige Maximalarbeits-

zeit vorläufig festgelegt und „innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden verkürzt“ werden soll. Wie diese Fristen gesetzlich zu bestimmen sind, das auszuführen ist Sache des Fraktionsredners. Daß diese Fristen für alle Arten Be-triebe gleichmäßig sein sollen, liegt weder im Wortlaut des An-trags noch im Sinne des Antragstellers.

Partei-Nachrichten.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der beiden Leipziger Reichstagswahlkreise, des Burgener und des Vornascher Wahlkreises tagte am Sonntag in Leipzig. Der Zweck und Erfolg der Konferenz war vorwiegend informativ; es sollte insbesondere eine gemeinsame Aussprache über die Thätigkeit und Erfahrungen der Vertreter aus den einzelnen Gemeinden herbeigeführt werden; eine gemeinsame Aktionslinie besteht schon längst in dem Gemeindevahlprogramm der sächsischen Sozialdemokratie. So vergaht man denn auch — mit einer einzigen Ausnahme, wo es sich um eine Vertiefung der Information durch systematische Erhebungen handelte — auf die Fassung von ab-schließenden Resolutionen, und in der ersten und wichtigsten An-gelegenheit, dem Steuerwesen in den Gemeinden, war das Resultat infolgedessen ein negatives, als man sich über die grundsätzliche Ablehnung aller indirekten Besteuerung durch die Gemeinden einig war, dagegen die Forderung einer kommunalen Gewerbesteuer, Grund-steuer, Kapitalsteuer in der Schwere ließ. Immerhin beziehungsweise man es allgemein als zeitgemäß, daß die Steuergebiete zwischen Staat und Gemeinde gegenseitig abgegrenzt würden, schon um die Gemeinden der Willkür der Aufsichts-behörden zu entziehen; ferner wurden im allgemeinen für die Gemeinden die Zuweisung von Ertragssteuern in Aussicht ge-nommen, da die Gemeindebesteuerung auf der Grundlage der Leistung und Gegenleistung aufgebaut werden müsse. Die Frage ist zur Zeit für Sachsen eine sehr brennende geworden, da das 50 bis 60 Millionendefizit des Staatsbudgets wie auch die wachsenden Be-dürfnisse der Gemeinden eine sachgemäße Verteilung der Steuer-kraft des Landes zur Notwendigkeit machen und zudem das Reich eine gewaltige indirekte Besteuerung durch die Zolltarif-Vorlage plant.

Dieser letztere Punkt führte zum zweiten Gegenstand der Tages-ordnung, zur Besprechung des Petitionsrechts der Gemeinden. In einer Reihe von sächsischen Gemeinden ist es vorgekommen, daß Gemeindevorstände die Besprechung und Beschließung von Resolutionen gegen den Zolltarif abgelehnt haben, und zwar, wie wahrscheinlich ist, infolge einer einseitigen Instruktion durch die Aufsichtsbehörde, die Amtshauptmannschaften, welche in einzelnen Fällen die Gemeindevorstände direkt mit Suspension bedroht haben. Man einigte sich dahin, unter Protest gegen diese Bevormundung in Zukunft den Weg der Beschwerde auf Grund der Landgemein-de-Ordnung, beziehungsweise der revidierten Städte-Ordnung zu empfehlen.

Weiter nahm die Konferenz ein eingehendes Referat des Stadtv. Lange-Leipzig über die Aufgaben der Gemeinden auf sanitärem und feuergefährlichen Gebiete entgegen und beschloß eine um-fassende Erhebung über das Schulwesen in den Gemeinden durch Ausgabe von Fragebogen. Eine interessante Aussprache ergab noch der letzte Punkt der Tagesordnung, der die Gemeinden als Arbeit-geber betraf. Die Frage, wie sich die sozialdemokratischen Vertreter in Sachen der Anstellung und Bezahlung leitender Gemeindebeamten verhalten sollen, wurde allgemein dahin beantwortet, daß man von diesen Beamten, ohne Anziehung ihrer Parteifärbung, eine pflicht-gemäße, unparteiische Amtsführung verlangen sollte; in Gehaltsfragen für die höchstbezahlten Beamten, Vorstände und Ressortbeamten, müsse man sich Entscheldung von Fall zu Fall vorbehalten, wie dies auch bisher, insbesondere in der Stadt Leipzig, gehandhabt worden sei. Damit schloß die Konferenz, die von etwa 150 Vertretern besucht war, nach sechsständiger Beratung.

Sociales.

Su gut gestiftet.

Der „Seemann“, das Organ der seemannischen Arbeiter Deutsch-lands, ist in der Lage, das Folgende zu veröffentlichen:

Memorandum von der Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Argo“ Abteilung Proviant An Herrn Kapitän Bessels, D. „Duisburg“, Bremen, den 30. Oktober 1900.

Aus der uns unter 26. Oktober von Herren August Köpfe u. Co. in Rotterdam eingesandten Schlichterrechnung ersehen wir, daß Sie bei Ihrem letzten Aufenthalt daselbst „unverhältnismäßig“ viel Fleisch und Gemüse, darunter Blumenkohl zu hohen Preisen gekauft haben. Fleisch wurde „außer Order“ am 19. und 19. Oktober für „gesamte“ Mannschaft gekauft. Wir ersuchen Sie, uns darüber zu berichten, was die Veranlassung war, an diesen Tagen frisches Fleisch zu geben, da nach der „Christlichen Order“, die Sie erhalten haben, nur zweimal in der Woche frisches Fleisch gegeben wird.

Achtungsvoll Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Argo“ Abteilung Proviant. O. Wischoff.

Die Gesellschaft „Argo“, die mit einem Aktienkapital von 7 Mill. und einer Kasse von 210 000 M. arbeitet, erzielte im Jahre 1900 einen Reinertrag von beinahe 1 1/2 Mill. Mark, berechnete davon nach Vornahme reichlicher Abschreibungen und Bezahlung von fast 27 000 M. Zinsen und Assurance 787 770 M. Reingehalt und zahlte 8 Proz. Dividende. Ihre Aktien notierten am Schlusse des Jahres 1900 107 1/2.

Handwerkerkammer für Arbeiterschutz. Das neueste Ver-zeichniß der beim Reichstage eingegangenen Petitionen verzeichnet einige den gleichen Gegenstand betreffende Petitionen, die ihrer Herkunft wegen bemerkenswert sind. Es bitten nämlich „um Fest-setzung einer neunstündigen ununterbrochenen Nachtarbeitszeit im Fleischergewerbe für das im Haushalt wohnende und freilebende Personal“: Die deutsche Fleischerverband zu Düsseldorf; die Hand-werkerkammer zu Aachen; die Handwerkerkammer zu Darmstadt; die Handwerkerkammer zu Frankfurt a. O.; die Handwerkerkammer für das Großherzogtum Oldenburg in Oldenburg (Gr.); die Handwerkerkammer zu Straßburg (El.).

Was verlangt wird, ist nicht viel, aber das Handwerker-Organisationen solche Petition an den Reichstag richten, ist in Deutschland immerhin bemerkenswert. Pflegen sich doch die Hand-werker-Organisationen in Deutschland durch alles eher denn durch Arbeiterfreundschaft und sozialpolitische Einsicht auszuzeichnen.

Unfallversicherung für die Seelente in Dänemark. Die Organisation der dänischen Seelente hat durch den Folketings-Abgeordneten K. M. Klaußen bei der Regierung und dem Reichstage den Antrag eingereicht, daß das Gesetz von 1898 über die Versiche-rung der Arbeiter gegen die Folgen von Unfallsfällen auch auf die Seelente ausgedehnt werde. Die Wirksamkeit dieses Gesetzes erstreckt sich nur auf bestimmte Berufe, große Gruppen von Arbeitern sind davon ausgeschlossen, neben den Seelenten z. B. auch die Land-arbeiter.

Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin.

Langsam reifen die Früchte auf dem Felde der sozialen Entwicklung, so langsam, daß die ungeduldige Jugend Stillstand dort erblickt, wo leises Wachstum sich allmählich zum Lichte emporringt. Mit froher Ueberraschung sieht der alte Arbeiter die zarten ersten Triebe keimen und spröhen; er weiß, sie werden bei guter Pflege kräftig gedeihen. Als solch ein Spätling in der Proletariatsbewegung tritt die dienende Klasse auf den Plan. Die schwierige Stellung ihrer vereinzelt Mitglieder in fremdem Haushalt, deren Gebundenheit durch die veraltete Gesinde-Ordnung, das verhaßte Dienstudium, die stete Abhängigkeit von einem fremden, oft feindseligen Willen — alle diese Hindernisse waren zu überwinden, ehe eine Bewegung wirksam einsetzen konnte. Einige öffentliche Versammlungen im Sommer 1899, in welchen viele Dienende sich mit Lebhaftigkeit an der Besprechung ihrer Lage beteiligten, gaben den Anstoß zur Gründung der beiden Vereine, welche jetzt eine rege Tätigkeit entfalten; sie veranlaßten auch Dr. Stillsch zur Veranstaltung einer Enquete, welche zugleich Hausfrauen und Dienstmädchen umfaßte. Die Resultate derselben bilden den Inhalt eines Buches^{*)}, welchem eine weite Verbreitung zu wünschen wäre, insbesondere bei den wohlwollenden, gedankenlosen Frauen, welche es aus ihrer Gleichgültigkeit sprechen soll, um sie zu thatkräftiger Hilfe und Mitwirkung an der Besserung der Zustände anzuregen.

Eine kurze, aber reichhaltige historische Einleitung führt uns durch Jahrhunderte voll Klagen über die Schleihtätigkeit des Gesindes und durch allerlei Versuche mit beiden Werkzeugen die Geschlagenen noch schärfer zu treffen. Zahlreiche Schriften zeugen von den Klagen der Herrschaften — wo finden wir die Klagen des Gesindes? Liegt man die Berichte über ihr Los, so meint man wohl den unterdrückten Schmerzensschrei zu hören, von Generation zu Generation aufschwappend zu einer furchtbaren Anklage gegen das unerträgliche Joch. Zwar haben sich seitdem die Verhältnisse gebessert, aber noch blieb uns genug von der alten Ungerechtigkeit. Haben wir doch sogar die preussische Gesinde-Ordnung in das 20. Jahrhundert hinübernehmen müssen!

Nur eins läßt sich zu Gunsten der „guten alten Zeit“ und ihrer Leuteschänderei sagen. Damals gab es noch in ganz Europa Hörige und Leibeigene; der Unterschied der Stände galt als heilige Grundtabelle des Staates. Die Ausübung unbefchränkter Herrenrechte auch dem Gesinde gegenüber beruhte auf ehrlicher Ueberzeugung guten Rechtes. Heute aber sind, wie es so schön heißt, „alle Staatsbürger gleich vor dem Gesetz“. Theoretisch wird niemand das Gegenteil zu behaupten wagen; praktisch müssen mancherlei Winkelzüge und viele heuchlerische Lebensarten herhalten, um das zureichende Dienen um geringen Lohn als eine sittliche Pflicht, der Herrschaft gegenüber erscheinen zu lassen. Die Ergebnisse von Dr. Stillsch's Enquete räumen gründlich auf mit diesem sentimentaln Humbug.

Es giebt in Deutschland im ganzen 1 313 957 weibliche Dienstboten, auf Berlin entfallen 85 009. Da die Berlinerinnen wie jede Großstädterin nur ungeru und in Ausnahmefällen sich zum Dienen entschließen, ist es der Zugang aus der Provinz, welcher die Reihen füllt. Mit geringer Lebenshaltung und bescheidenen Ansprüchen strömen sie nach dem nächsten Centrum, um dort ihr Glück zu finden; einen gut bezahlten Dienst. Selbst im günstigsten Falle entspringt keine der ersten bitteren Erfahrungen, der tiefen seelischen Vereinamung durch den Mangel an Verkehr mit Gleichgestellten, die Unmöglichkeit, sich vertraulich auszupprechen.

Die Antworten auf die einzelnen Fragen über Arbeitszeit, Lohn, Kost, Schlafraum usw. fällen die nächsten Abschnitte des Buches mit einer sehr bitteren Kritik der gegenwärtigen Verhältnisse. Um so trauriger, da es sich zweifellos um günstige Fälle, wenigstens in der Mehrzahl handelt. Die 187 Hausfrauen, welche Antworten einschlachten, gehören sicher in der Mehrzahl zu den guten Herrschaften; die 439 Mädchen zu den bestgestellten, unabhängigen. Und doch sind es niederdrückende Ergebnisse. Die unbegrenzte Arbeitszeit mit unbestimmten Pausen erscheint als selbstverständlich bei der Hausgenossin, bis wir erfahren, daß die Pausen häufig bloß nominal, die Arbeitszeit aber auch einen großen Teil der Nacht umfaßt. Die grenzenlose Willkür in der Ausdeutung der Arbeitskraft wird leider von der Polizei an der Hand der Gesinde-Ordnung aufrecht erhalten; damit sind nicht nur die Ausdeutungen einzelner, sondern das ganze System aufs schärfste verurteilt. Der Lohn ist für solche Ausnutzung des Dienstmädchens auffallend gering; für perfekte Köchinnen 300 M. und mehr, Hausmädchen und Mädchen für alles 150 bis 250 M., junge Anfängerinnen 100—150 M. Leider wird der niedrige Lohn nicht durch reichliche Kost und gute Wohngelegenheit ausgeglichen. Weide lassen nur zu oft alles zu wünschen übrig. Schlechtes Essen und zu wenig, heißt es häufig, aber nicht bei Familien mit bescheidenem Einkommen, sondern bei Leuten, die selbst einen großen Tisch führen und für sich selbst nicht sparen. „Junner selbst zugelaufen.“ Die Mädchen müssen sich bei ihrer sauren Arbeit auch noch von ihrem erbärmlichen Gehalt zum Eatsessen kaufen. — Mit dem Schlafraum ist es wohl noch übler bestellt, natürlich von günstigen Ausnahmen abgesehen. Nach dem Luftstrom in Kubikmetern angerechnet ergeben sich 48 Proz. zu kleine, 34 Proz. mäßige, 28 Proz. genügende Räumlichkeiten.

Das Kapitel Behandlung wirft ein seltsames Licht auf die Geistes- und Gemütsbildung vieler Herrschaften. Die Behandlung war roh und grob. Schimpfworte wie Saunenich, Schlafsnigen. Man lernt mit Stammen eine ganze Reihe böser Schimpfworte kennen, wenn man die Antworten liest, welche sämtlich durchaus das Gepräge der Barbarei tragen. Die mancherlei Klagen finden eine unerwartete Bestätigung in der Aufzählung eines Dienstgebers: „Die untersten Klassen des Volkes, zu denen ohne Zweifel auch die Dienst-

boten in der weitestgrößten Zahl gehören, werden von uns noch viel zu gütig behandelt und verstehen solche diese unsere Gatte gar nicht.“ Mit einem seltsamen „Voll“ muß der freundliche Herr in Verührung kommen! Die „Güte“, von der er spricht, zeigt sich in hellstem Lichte bei Gelegenheiten des Züchtigungsrechts, von dem Optimisten behauptet, es werde nur in den seltensten Fällen krankhafter Ausschreitung ausgedehnt und sei überhaupt aufgehoben durch Art. 95 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: „Ein Züchtigungsrecht steht dem Dienstberechtigten dem Gesinde gegenüber nicht zu.“ Aber wie sehr unterdrückte man die Fingigkeit der Polizei und der Juristen! Sie sagen: Der § 77 der Preussischen Gesinde-Ordnung enthält im Sinne der theoretischen Rechtswissenschaft überhaupt kein Züchtigungsrecht, sondern einen Straf-Ausschließungs-Grund. Ein Züchtigungsrecht im juristischen Sinne besteht also nicht, folglich kann es auch nicht durch den Art. 95 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgeschafft sein.“ (§ 77 lautet: „Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in selbigem von ihr mit Schellworten oder geringen Tätslichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Geltung fordern.“) Dr. Stillsch bemerkt dazu: „Die Herrschaft darf also prägen, nicht wegen eines ihr zustehenden Züchtigungsrechts — solche barbarische Einrichtungen hat ein Kulturstaat wie Preußen nicht —, sondern wegen eines Strafausschließungs-Grundes. Den Dienstmädchen kann es natürlich ganz gleichgültig sein, ob sie auf Grund des einen oder des anderen großartig werden dürfen.“

Natürlich dürften die jungen Wesen, die ihr Leben in solchem Zwang — und Zwang bleibt es auch bei der besten Behandlung — nach Abwechslung, nach persönlichen Erlebnissen in freier Wahl. Glaubt man diese Sehnsucht mit einem billigen Tadel als Vergnügungssucht zu brandmarken und die Freiheit möglichst einzudämmen, so kann diese Art der Behandlung sicher nicht der Sittlichkeit förderlich sein. Der Drang, sich selbst zu gehören, sich auf seine Weise zu unterhalten, wird nur verstärkt, nicht unterdrückt, und durchdringt zuletzt in verhängnisvoller Weise die künstlichen Schranken. Der Fiktion, als sei das dienende Mädchen in sicherer Obhut verfallen mit freien Arbeiterinnen, widerspricht die große Zahl von Prostituierten, welche ehemals Dienstmädchen waren, und ebenso die große Zahl unehelicher Kinder, deren früher Tod eine furchtbare Anklage gegen das System erhebt, welches gleichgültig an seinen Opfern vorbeigibt, so lange sie nur unter dem Vohl, dem Proletariat zu suchen sind. Die Nachstellungen seitens der männlichen Familienglieder, oft belächelt, selten „tragisch“ genommen, haben den Untergang manches blühenden jungen Weibes verschuldet.

Mit wenigen Worten sei noch des seltsamen Untersützung- und Verlohungs-Fonds gedacht, welche durch die recht anspruchsvolle Steuer von 50 Pf. bei jedem Dienstwechsel von den Mädchen selbst aufgebracht werden muß. Warum diese Steuer nicht den Dienstbesitzer auferlegt ist, gehört zu den vielen Unbegreiflichkeiten des herrschenden Systems. Denn obwohl durch die Abgaben der Mädchen angeamelt, verteilt die hohe Obrigkeit die Gaben aus demselben mit souveräner Willkür; kein Mädchen hat ein Anrecht auf Untersützung oder Verlohnung. Dieser Fonds wird von der Stadt verwaltet und verteilt; die Bemühungen sozialdemokratischer Stadtverordneten um Abschaffung dieser überlebten Ungerechtigkeit scheitern an der Vorliebe der Mehrtheit für alterstgeheilte Mißstände.

Die Vorschläge des Autors zur Besserung der Lage sind durchaus mäßig. Abschaffung des Dienstudiums, Aufhebung der Gesinde-Ordnung, Einführung der allgemeinen Krankenversicherung. Manches Weitergehende deutet er an; die letzten Forderungen zu ziehen überläßt er den Lesern seiner „Studie“, wie er selbst seine Arbeit nennt. Daß die notwendigen Reformen, ernstlich durchgeführt, Stufen sein werden zur Verminderung, vielleicht zur Aufhebung der persönlichen Dienstleistung, kann einen Freund fortschreitender Entwicklung nicht abschrecken. Die beiläufig erwähnte Wirtschaftsgenossenschaft in loedrer oder festerer Form ist vielleicht die beste Lösung; eine andre, vielleicht als Uebergangsform, ist die Verteilung der häuslichen Arbeiten auf eine Reihe gewerbsmäßiger und stundenweise bezahlter Spezialarbeiter.

Wer der Ueberzeugung lebt, daß jeder volkswirtschaftliche Zustand nur den Weg und Uebergang zur nächst höheren Form bedeutet — gleichviel wie schnell oder langsam sich die Umtoandlung vollzieht, der begrüßt mit Freuden jede neue kräftige Regung des Volksbewußtseins. Der Proletariat hält selten einen Dienstboten, aber deren Schicksal geht ihn nur zu sehr an. Seiner Tochter, seiner Schwester Wohl und Wehe steht in Frage; auch wohl seiner künftigen Gattin, der Mutter seiner Kinder. Er muß wünschen, sie zum Kampf mit dem Leben wohl ausgerüstet zu sehen, er muß sich der energischen Versuche freuen, durch Vereinsleben und Vereinsarbeit das Gefühl der Gemeinsamkeit unter den Kolleginnen zu wecken und zu stärken. Ein frisches, gesundes Vereinsleben ist Grundbedingung jeder weitergehenden Agitation, mehr noch als bei andern Arbeitern, bei diesen verstreuten, vereinzelt Wesen, die so schwierig zu sammeln sind. Daß hiermit der Anfang gemacht wurde, ist das wichtigste Ereignis der letzten Jahre für die dienende Klasse.

M. II.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{/2} bis 9^{/2} Uhr abends statt.

6. G. In Verleberg liegt das 39. Feldartillerie-Regiment. Kommandant ist Oberstleutnant Witte.

24. G. Rein. Die Frage, wann Schneiderrinnen usw. versicherungspflichtig sind, ist seit Bestehen der Invalidenversicherung gleichmäßig wie folgt beantwortet: 1. Personen, welche als Wäscherinnen, Plätterinnen, Häglerinnen, Schneiderrinnen, Näherinnen Wäsche oder Kleidungsgüter bearbeiten oder herstellen, sind versicherungspflichtig, wenn sie diese Arbeiten in den Wohnungen ihrer Kunden verrichten und nicht regelmäßig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen. 2. Solche Personen sind dann nicht versicherungspflichtig, wenn sie gewerblich „selbständig“ sind. Ob solche Selbstständigkeit vorliegt, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. In der Regel sind die in eigener Wohnung arbeitenden Wäscherinnen usw. als selbständig und daher nicht versicherungspflichtig zu erachten. Selbstständigkeit kann auch aus-

nahmsweise bei Personen angenommen werden, die bei Kunden arbeiten; die Regel ist aber die entgegengesetzte. Bei der Frage, ob Selbstständigkeit und daher Nicht-Versicherungspflicht vorliegt, legt das Reichs-Versicherungsammt Wert darauf, ob die Ausübung der Tätigkeit besondere Sachkenntnis und Schulung erfordert, so daß der Arbeiter die Arbeit im wesentlichen nach eigenem sachverständigen Ermessen auszuführen und für ihren Erfolg einzustehen hat. Zweifel sind dadurch hervorgerufen, daß das Reichs-Versicherungsammt bei Hausfrauen männlichen Geschlechts diese Selbstständigkeit seit 1893 in der Regel als vorhanden annimmt, bei den Hausfrauen erinnen jedoch diese in der Regel als nicht vorhanden annimmt. **Spenden 99.** Alle diese Differenz, sowie die näheren Angaben finden sie in jedem besseren geographischen Wert, auch in einem Konversations-Weriton.

W. B. 1. Unter Verlegung des Sachverhalts, insbesondere des Unstandes, daß der Vater seit 8 Jahren sich nicht um das Kind gekümmert hat, in ökonomisch schlechten Verhältnissen lebt, die Genehmigung zur Aufhebung eines Arbeitsbuchs verweigert und die Dienste seines über 16 Jahre alten Kindes jetzt verlangt, beantragen Sie bei dem Vormundschaftsgericht, dem Vater wegen Mißbrauch des Erziehungsrechts daselbe abzusprechen und zu gestatten, daß das Kind bei Ihnen bleibt. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Vater wohnt. 2. Unter Verlegung, daß der Vater grundlos die Genehmigung zur Aufhebung des Arbeitsbuchs verweigert, beantragen Sie bei Ihrer Gemeindebehörde, diese Genehmigung des Vaters zu ergänzen. — **Z. 33.** 1. und 2. Ja. Ist die Wohnung gesundheitsgefährlich, so kann der Mieter den Mietvertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aufheben. Im Klagefall muß aber erwiesen, daß die Gesundheitsgefährdung bestand, und in schadenloser Art, wenn etwa durch sein Verhalten (Rückstufen u. dgl.) der Zustand der Wohnung herbeigeführt ist.

6. M. Ca. Der Betrieb ist mit Recht als Unfallversicherungsgegenstand erachtet. Die Stelle des A., auf die Sie sich beziehen, bezieht sich fast lediglich auf den Arbeitsvertrag und befaßt: Für den Lohn haftet auch der eigentliche Unternehmer, wenn der Vertragschließende nur ein vorgeschobener Strohmann ist. Daß Sie als Unternehmer im Sinne des Bau- Unfallversicherungs-Gesetzes haften, ist § 11 Nr. 8 und § 13 ad 8 des ersten Nachtrags zum A. dargelegt. — **C. T. 1.** Ja, die Riets-Stempelsteuer wird nicht durch Nebenurteile berichtigt, sondern durch Eintragung in das Mietsbuch und Zahlung durch den Vork. Der Stempel wird für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar erhoben. Ist bereits für die Zeit vom früheren Mieter die Gebühr gezahlt, so hat der neue Mieter nicht zu zahlen. Bezugs beispielsweise die Jahresmiete 300 M. und ist der Vertrag vom April bis Oktober geschlossen, so ist nur dann 60 Pf. Reichsstempel von dem April eingeschossenen Mieter zu zahlen, wenn sein Vorgänger nicht bereits 60 Pf. für die Zeit vom 1. Januar ab gezahlt hat.

6. L. Aleriosof. Verjährung würde frühestens im Jahre 1919 eintreten. Ihre Mutter hätte eine Darlehnsfange bei dem Amtsgericht Berlin I aufstellen oder die Forderung Jäten übertragen, so daß dann Sie zu kssen hätten. Ein Formular für eine Darlehnsfange und ein Beispiel für eine Forderung finden Sie Seite 229 Nr. 33 u. 34 des dem Arbeiterrecht beigelegten Führers. Dies Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus.

Mag 23. Die Möglichkeit, daß jemand einen Teil einer Strafe einem andern abtrage, besteht in Deutschland ebenso wenig wie eine Strafe durch Tragen eines Bandes oder einer Kette um den Hals verschärften Strafe. — **Mieter 100.** Ist im Mietvertrage nichts darüber vereinbart, wann eine Wohnung zur Beschäftigung freizustellen ist und kommt keine Einigung hierüber zu Stande, so hat das Gericht zu entscheiden, welche Beschäftigungszeit als angemessen zu erachten ist. Für Berlin und Umgegend gilt eine tägliche Beschäftigungszeit von früh 9—5 Uhr nachmittags als angemessen. — **B. W. 100.** 1. Rein, die kritische Zeit für die Zeitraum vom 9. November bis 10. März. 2. Rein. — **G. G. 100.** Die Verjährungsfrist für eine ausgelagerte Forderung beträgt 30 Jahre. Die Verjährungsfrist wird durch Pfändung unterbrochen. — **W. H. 1.** Leider ja; aber es kann nur Mägde des noch Vorhandenen verlangt werden, also zum Beispiel nicht Frau in Weib oder Vornamung für ein geschicktes Kind.

2. Ja. — **M. 333.** 1. Sie thun am besten, das Gehalt Breite 24 zu Protokoll zu geben. 2. Ja. — **C. 100.** Rein. — **Schöneberg 107.** Sie müssen bei dem Gericht, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt, Darlehnsfange erheben. Vergleiche 6. L., Aleriosof. — **W. H. 2.** Zunächst wäre Schlichtertermin bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt, zu erwirken, sodann durch einen Anwalt beim Landgericht die Verjährungsfrist zu erheben. Zu letzterem Zweck kann das Armenrecht erwirkt werden. Zweck Erwirkung desselben wendet man sich zunächst an die Behörde (in Berlin an den Armenkommissions-Vorheber, auf dem platten Lande an den Amtsvorheber) mit dem Antrag auf Ausstellung eines Zeugnisses über das Unvermögen zur Bezahlung der Kosten. Dann wendet man sich unter Vorlegung dieses Zeugnisses an die Zivilkammer des Landgerichts, legt den Sachverhalt dar, führt die Beweismittel an und beantragt, das Armenrecht zu bewilligen. — **H. J. 1000.** Rein.

Pantow. Die Anholung und Vernehmung ist doch wohl mit Ihrer Zustimmung von Ihrem Gläubiger unterlassen. Wollten Sie dieselbe nunmehr herbeigeführt haben, so teilen Sie dies dem Gläubiger und dem Gerichtsvollzieher mit. Keineswegs sind Sie beauftragt, eigenmächtig die Entscheidung vorzunehmen. — **J. T. 1.** Rein. 2. Ja. 3. Rein; bei Streitigkeiten zwischen Mängel und Vormund hat das Gericht zu entscheiden. — **W. H. 34.** Ja; Sie können aber Vernehmung beantragen, falls Ihre Verdienste hinter der Veranlagung zurückbleiben. Das Gehalt ist an die Steuerdeputation zu richten. — **102 Pf. 5.** Leider kann der Arbeiter einen Vermerk dahin, daß er wegen Mangel an Arbeit entlassen ist, nicht erzwingen. Das Zeugnis hat sich aber die Art und Dauer und auf Verlangen des Arbeiters auch über seine Führung und Leistung auszulassen. — **Cauter.** Ihre vom 2. dattere, am 4. eingeschlagene Anfrage ist unter U. P. am 5. beantwortet. — **Tausig. 1.** Rein. 2. Sie hätten einige Proletariatsstellen auszuwählen und sofort die schlechte Sendung zurückweisen sollen. Jetzt können Sie leider nichts mehr machen. — **G. B. 956.** Ihre Kündigungsfrist als Weicher beträgt mangels anderer Vereinbarung 6 Wochen zum Quartalsfortschritt. — **M. Solinger.** Rein. — **G. P. 107.** Leider nein, weil für Berlin obligatorischer Fortbildungsschulunterricht noch nicht eingeführt ist. — **G. T. 12.** 1. Keineswegs. Da Sie volljährig sind, geht den Standesbeamten der Aufenthalt Ihrer Mutter gar nicht an. Der Beamte wird wohl übersehen haben, daß Sie volljährig sind. 2. Rein, der Vertrag läuft weiter. — **1000.** Frankfurterstraße. Rein.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 14. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: „Nevole“ Walter. — Die Taktik der italienischen Sozialisten. Von Oda Döberg (Genova). — Parteilichkeit Projekte in England. Von M. Beer. — Der Rüstungsstand in der modernen Litteratur. Von Heunette Roland-Holz. Deutsch von Franziska de Graaf, (Schluß). — Die amtliche Streitfaktik. Von Adolf Braun. — Litterarische Rundschau: Dr. Arthur Bauer, Die Christus-Verlegen in ihrem Verhältnis zur uralten Mythologie. Dr. Otto Peiers. Die Entwicklung der Arbeitsleitung im Leipziger Gewerbe von 1751 bis 1890.

Minimallohn und Arbeiter-Beamtenbund. Von Dr. Ernst Ritten. Jena. Gustav Fischer. 6 M.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Adolf Bleschke
(Tischler) am Montag, den 6. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Januar, nachmittags um 4 Uhr, von der Leichenhalle des hell. Kreuzkirchhofs in Mariendorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. (E. H.)
Filiale Moabit-Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 2. d. M. unser Mitglied, der Fornerer
Peter Heinze
im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Hellands-Gemeinde in Pölgenseefest statt.
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
klara Schmidt geb. Dahlke am 7. Januar, früh 1^{/2} Uhr, im Alter von 34 Jahren verstorben ist.
Leo Schmidt.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Reichensbergerstr. 177, aus nach dem Kirchhof der St. Simeons-Gemeinde in Brig am Tempelhofer Weg statt. 32368

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme und die reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Paters sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.
Witwe Schindler nebst Kindern.

Blütenhonig,
garantiert reiner Blütenhonig, 10 Pfd.-Postfimer M. 6.— fco.
Raffinade-Honig,
10 Pfd.-Postfimer M. 5.— fco. unter Nachnahme offeriert 30488
Jal. Pagener, Epe, Westfalen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schriftsetzers
Emil Schulz,
sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. 29488
Ww. Pauline Schulz nebst Tochter.

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
H. Strohmandel, Berlin S. 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 32288

Masken-Garderobe
von
Carl Ernst,
Königsdr. 126, 1 Tr.
Größe Answahl! Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Annonce ca. 10 % Preisermäßigung.

Polyphon-Musikwerke
Selbstspielende
zum Drehen mit auswechselbaren
Metal-Notenscheiben v. 20 Mk.
aufwärts.
Phonographen Gramophone
nur erstklassige, tadelloe funktionierende Apparate mit Wachswalzen u. Hartgummipplatten v. 20 Mk. aufwärts.
Photographische Apparate
aller Systeme, sowie sämtliche Zubehör u. Ersatzteile. Nur erstklassige Fabrikate.
J.H. Specialphotologie ist jeden Artikel gratis u. franco.
Bial & Freund
(in Breslau II.)

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Kollege
Adolf Bleschke
nach kurzer, schwerer Peiden am Montag, den 6. d. M., verstorben ist. 29598
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, in Mariendorf von der Leichenhalle des Kirchhofs zum heiligen Kreuz aus statt.
Die Kollegen der Tischler-Gesellschaft Faal.

Verband der Maschinenisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands
Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.
Am 5. d. M. verstarb das Mitglied
Leopold Kühnemund
im Alter von 75 Jahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian-Kirchhofs in Reinickendorf-West (Daldorfer Chaussee) Humboldtdraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verwaltung. 138/2

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige
Sonntags 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hütt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 8. Januar.
Cyrenhand. Mignon. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Esmont. Anfang 7 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Deschloss.
Schiller. Der Revisor. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der Biberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Bestiner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leitung. Das schwarze Schaflein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubaus. Sein Doppelpfeiler. Vorher: English spoken. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesien. Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags zu halben Preisen: **Dornröschen.**
Secessionstheater. Desseu Sittenkreuz. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens. Bunte Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Deschloss.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luifen. Der Kaiser kommt. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der rote Kofal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belles-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Ex. Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Metropol. Die feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Casino. Theater. Weihnachts-Mädchenjäger. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Vollge. Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Vasage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. (Im Hörsaal) Um 8 Uhr: Dr. Nass: „Das Leuchtgas und seine Industrie.“

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
 Frühlingstage an der Riviera.
 Im Hörsaal:
 Um 8 Uhr: Dr. Nass: „Das Leuchtgas und seine Industrie.“
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum
 Friedrich-Strasse 165.
Grosse Weihnachts-Ausstellung
 Eine Reise ins Schlaraffenland
Marionetten-Theater
 für die Kinderwelt.

Apollo-Theater.
Ganz Berlin spricht von Willi Walden
 der modernen Dacuse!
 Granto u. Maud
 Stack u. Milton
 sowie die vorzüglichsten Spezialitäten
 ferner:
König Aqua.
 Anfang 8 Uhr.

Schall und Rauch.
 Unter den Linden 44,
 Mittwoch, den 8. Januar:
 Vorstellung vor Serenissimus.
Familienidyll.
Herbstzauber.
Schiffbrüchig.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

E. von Wolzogens
Bunte Theater (Ueberbrett)
Köpnickerstr. 68.
 Täglich wechselndes Programm.
Lina Arbanell.
 Die beiden Pierrots, Pantomime. — Satirisches Schatten-Bänkel. — Drei Striche, Grotteske. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.
 Die neueste Sensation!
Damen-Luftringkampf
 ausgeführt von 12 unübertrefflichen Luftringerinnen.
Michel Mayer,
 der stärkste Mann der Welt,
 zahlt
1000 Mark
 dem, der seine Hanteln nachhebt.
Gifford. — Barskow-Gruppe. — Jim u. Jam. 16 erstkl. Nummern.

Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
 Schwan u. Gefang u. Tanz in 3 Akten.
 Carl Sondernann u. W. Witzl Birkner,
 Rosa Marten, Ferd. Wornas, Werbmeister, Reiter, Olfers, Kohlmey.
 Hierauf:
 „Er.“ Pariser Lebensbild
 Uebe Hartwig, Leopold Turner als Gefe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater
 (früher Feen-Palast)
 Burgstr. 22.
 Direktion: Winkler u. Fröbel.
 Das phänomenale
Januar-Programm.
 Durchweg neu engagierte
Kunst-Spezialitäten.
 Nur noch kurze Zeit!
 Die erfolgreiche große
 Aufführungs-Gefangs-Burleske
Großstadtzauber.
 Hugo Valtig: Dir. H. Winkler.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 In Vorbereitung: „Die fähige Mädel.“ — Wirtin der des Direktors Wilhelm Fröbel.

Charivari Brett!
 (Albert Kühne)
 Sonnabend, 11. Januar 1902
Eröffnung
Billet-Vorverkauf
 täglich von 10-3 Uhr
 im Theater-Bureau
Alte Jakobstrasse 37.

Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurterstr. 132.
 Gastspiel von Minna Michetti.
 Größter Cyren-Erfolg der Saison!
Das Jungfernstift.
 Operette in 4 Akten von Ernest Guinot.
 Musik von Jean Wilbert.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Das Jungfernstift. — Sonnabendnachmittag: Max und Moritz.

Thalia-Theater.
 Dresdenstr. 72/73.
 7 1/2 Uhr. Heute u. folg. Tage. 7 1/2 Uhr:
Die Badepuppe.
 Große Aufstufungsspiele mit Gefang und Tanz in 3 Akten.
 Paula Worm u. G., Guido Thielcher, Helmerding, Junfermann, Paulmüller, Wannabius, Junfer-Sang.

Casino-Theater.
 Potzdammstr. 37.
Durchschlagender Erfolg!
 Concordia-Trio & Hedwig Günther.
Weihnachten.
 Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
 Drummenstraße 16.
Die Ehre
 eines armen Mädchens.
 Drama in 5 Akten von E. Klefeld.
 Donnerstag:
Der tolle Wenzel.

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang Wochent. 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.
 An der Spandauer Brücke 3.
 Größt. Vergnügenslokal Berlins
 Internationale Konzerte u.
 Spezialitäten-Vorstellung
Ausschank:
 Berliner Bock-Brauerei.
 Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
 Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.
 Oekonom: Gustav Prellinger.

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4a
 Jeden Sonntag, Montag
 und Donnerstag:
Hoffmanns
 Norddeutsche Sänger
 Neu!
Die Zillerthaler.
 Neu!
Die Volkstänzer.
 Nach jeder Vorstellung: **TANZ.**
 Entree 50 und 75 Pf. Wochentags
 Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf.
 Wochentags Bereinbilletts gültig und
 Tanz frei. Alle andern Tage bleiben
 die Bälle zu Festlichkeiten und Ver-
 sammlungen frei.

Cirkus Busch
 Mittwoch, 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Klondike. Original-Pantomime
 des Cirkus Busch. Auftr. der Jones-
 Hilliard-Troupe.

Cirkus A. Schumann.
 Mittwoch, den 8. Januar 1902,
 abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
 Kolossaler Erfolg des großartig.
 Januar-Programms.
 U. a.: Sensationelle Neuheit!
Mirza Golem-Truppe.
 Neu! **Persisch-kaukasische**
Karawane.
 Neu! Jeux carrous auf Kamele.
 Neu! Ein Märchen aus 1001
 Nacht.
 Neu! Die ausgezeichneten russischen
 Clowns **Bim-Bom.**
 Neu! Das hochinteressante, höchst
 spannende Kunst- und Reitfabrik
 der **Orig.-Bicycle-Truppe**
 vom Alhambra-Theater in London.
 Dir. Alb. Schumanns unerreicht da-
 stehende Original-Dressuren.
 Zum Schluss zum 93. Male:
Der Schläger der Saison!

Quer durch Paris.
 Große und glänzende Aufführungs-
 Pantomime in 8 Akten.

Teilzahlung
 monatlich 10 M. liefert elegante
Herren-Garderobe
 nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste
 Preise. Fert. Garderobe stets vorräthig.
Tomporowski, Schneidermeister,
 Neanderstr. 16. II.
 36 Mfr. elegante Winter-
 Palots.
 30 Mfr. hochfeine Herren-
 Anzüge.
 12 Mfr. schwere Winter-
 Anfertigung nur nach Maß.
 Guter Stoff, taubelloser Sty. (3177L)
14 Krausenstr. 14,
 1 Tr., kein Laden, 1 Tr.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Sonnabend, den 11. Januar cr., in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:
Grosser Wiener Masken-Ball.
 Um 12 Uhr: **Demaskierung.**
 Anfang 8 1/2 Uhr. **Prochdem: Grosse Ueberraschung.** Bilet 50 Pf.
 Bilet sind in sämtlichen Zofstellen sowie im Vereinsbureau, Straauerstraße 48, zu haben.
Das Komitee.

Neue freie Volksbühne.
 Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Belle-Alliance-
 Theater: Vorstellung für die II. Abteilung.

Dantons Tod.
 Trauerspiel in 3 Akten von Georg Büchner.
 Mitglieder werden außer in den bekannten Zofstellen auch beim Kassierer
 S. Reft, Georgenstr. 47, I. aufgenommen.
Deute, Mittwoch, den 8. Januar 1902, abends 8 Uhr,
 im „Königshof“, Bülowstraße 37-40:

Große Dienstboten-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Herrn Reichardts **Weihnachten** über: „Reines zur
 Dienstboten-Bewegung.“ Danach freie Aussprache. 285/3
 Um zahlreiches Erscheinen von Freunden und Gönnern der Dienst-
 boten-Bewegung bittet **Die Einberuferten.**

Achtung! Schraubendreher. Achtung!
 Donnerstag den 9. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Granmann,
 Rannysstraße 27:
Öffentliche Versammlung
 sämtlicher in der Schraubenbranche beschäftigten Personen.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Streit bei der Firma vormals Stelzner, Gr. Frankfurter-
 straße 13. 2. Ergänzungswahlen der Revisionskommission. 3. Stellung-
 nahme zur städtischen Arbeitslosen-Zählung. 110/3
 Zahlreiches Besuch erwartet **Der Einberuferte.**

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
 Donnerstag, den 9. Januar, abends 8 Uhr, in der Gambrius-
 Brauerei, Wallstraße 94:
Große öffentliche Versammlung
 der **Charlottenburger Gewerkschaften.**
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehenden Gewerbeberichtswochen. 2. Diskussion. 3. Nomi-
 nierung der Kandidaten, Arbeitslosen-Beiräte.
Gewerkschafts-Kommission Charlottenburg.
 H. W. Grix, Sophie Charlottenstr. 57.
 285/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Donnerstag, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Stellmacher
 bei Bauer, Rosenhalestraße 57.
 Tages-Ordnung:
 1. Vorbesprechung über die Wahl des Gefellen-Ausschusses und der Beis-
 teger zum Innungs-Schiedsgericht. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Die
 Arbeitslosen-Zählung. **Die Kommission.**

Friedrichsfelde.
 Donnerstag, den 9. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Eube,
 Prinzen-Allee Nr. 30:
Bezirks-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Werkstoff-Angelegenheiten. 2. Stellungnahme zur Arbeitslosen-
 zählung. 3. Beschließend. 77/7
 Es ist Pflicht, daß ein jeder Kollege zu dieser Versammlung erscheint.

Gänsefedern Dr. Simmel, Prizonenstr. 59.
 mit allen Dämmen, ungerissen 1,50 bis
 1,50, gerissen 2,00-3,50. (1433)
Paul Paegelow, Wriezen
 (Oberbruch). **Haut- und Harnleiden.**
 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Grösste Heizkraft
Geringster Asehengehalt
Kein Schlaeken-Rückstand!
 sind die von altersher bewährten Vorzüge
MARIE
 HENCKEL'S WERKE
 Daher stellen sich diese echt Senftenberger
Henckels Brikets
 thatsächlich im Gebrauch viel billiger
 als andere durch Reklame angepriesene Marken.
 Alleiniger engros Vertrieb der Henckels-Brikets durch
Dahlmann & Co.,
 Berlin NW., Holsteiner Ufer No. 8.
 Zu beziehen durch alle renommierten Kohle-ingeschäfte.

Krankenkasse
 für d. Beamten u. Angestellten
 d. Krankenkassen, Berufsvereine,
 u. Altersversicherungs-Anstalten
 in Berlin (S. 108).
 Mittwoch, den 15. Januar 1902,
 abends 7 1/2 Uhr, findet bei Riegel,
 Straauerstr. 57, die
ordentliche
General-Versammlung
 der Mitglieder statt.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahres- und Kassensbericht pro 1901
 sowie Bericht der Revisoren.
 2. Beschlußfassung über das zu be-
 stimmende Publikationsorgan 1902.
 3. Wahl von 5 Vorstandmitgliedern
 für die Jahre 1902-1903.
 4. Wahl von 3 Revisoren pro 1902.
 5. Innere Angelegenheiten.
 6. Beschließend. 295/3
Der Vorstand.

Malery!
Central-Kranken- u. Sterbe-
kasse der Maler
 F. H. I. N. (S. 9. Nr. 7).
 Freitag, 10. Januar 1902, abends
 8 1/2 Uhr, im Kaiserhof:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vierteljährlicher Kassensbericht.
 2. Wahl der Verwaltung.
 3. Kassensangelegenheiten.
 123/1 **Die Verwaltung.**

Ziehung 6. Februar
 u. folgende Tage öffent-
 lich im Rathause zu Danzig.
 Genehmigt durch Allerh.
 Erlasse 300000 Lose dem unter
 dem Protektorat Sr. Majestät
 des Kaisers u. Königs Wilhelm II.
 stehenden
Verein für die Herstellung
und Ausschmückung der
Marienburger

Lose à 3 Mk. Porto u. Liste
 30 Pf. extra.
8840 Geldgewinne
 zahlbar ohne Abzug
355000 Mk.
 Hauptgewinne: Mk.
60000
50000
40000
30000
20000
10000
4 à 2500 = 10000
10 à 1000 = 10000
20 à 500 = 10000
100 à 100 = 10000
200 à 50 = 10000
1000 à 20 = 20000
7500 à 10 = 75000
Marienburger Lose
 versendet der General-Debit
Bank-Geschäft
Lud. Müller & Co.,
 in Berlin, Breitestr. 5
 und in Hamburg,
 Gr. Johannisstr. 21.
 Telegr.-Adr. GIGSchmiller.

Anzüge nach Maß für
Herren u. Knaben
 Große Auswahl in in- und aus-
 ländischen Stoffen für Paletots,
 Anzüge, Juchelreiter etc. werden
 unter Garantie des guten Stoffes
 zu überaus billigen Preisen
 schnellstens angefertigt im Einzelgeschäft
 bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Patentanwalt Dammann,
 Moritzplatz 57.
 Aufsucht bis abends neun. (32340)
Dr. med. Schaper
 hantop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
 Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Lokales.

Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die selbständigen Hausgewerbetreibenden.

Die für Berlin gemäß dem am 1. Januar 1902 in Kraft getretenen Ortsstatut nunmehr zu erfolgen hat, scheint den Unternehmern der in Betracht kommenden Gewerbe doch recht wenig in ihren Kräfte zu passen. Nachdem schon das Zustandekommen des Statuts durch die Rücksicht auf die Bedenken des Unternehmertums stark verzögert worden war, werden jetzt von dieser Seite Versuche gemacht, sich den Verpflichtungen und Unbequemlichkeiten zu entziehen, die den Unternehmern aus der Krankenversicherung der selbständigen Hausgewerbetreibenden erwachsen. Die Versicherungspflicht kann sich nach dem Statut auch auf unmittelbare Arbeitgeber und Hausgewerbetreibenden erstrecken, auf die sogenannten Zwischenmeister oder sonstige Zwischenpersonen, die selber als Hausgewerbetreibende anzusehen sind. Von der Versicherungspflicht ausgenommen sind allerdings diejenigen Hausgewerbetreibenden, die zur Gewerbesteuer veranlagt sind. Das letztere ist indes keineswegs bei allen Zwischenmeistern der Fall. Wo nun der unmittelbare Arbeitgeber selber der Versicherungspflicht unterliegt oder die Verschäftigung von Gewerbetreibenden nur als Zwischenperson, ohne zur Gewerbesteuer veranlagt zu sein, vermittelt, da sind die Beiträge und Eintrittsgelder für alle von dem unmittelbaren Arbeitgeber beschäftigten versicherungspflichtigen Personen, für die Hausgewerbetreibenden und auch für die unfeldständigen Arbeiter, von dem eigentlichen Unternehmer an die zuständige Kasse zu zahlen. Ist dagegen der unmittelbare Arbeitgeber nicht versicherungspflichtig oder gewerbesteuerfrei, so liegt ihm selber die Abführung der Beiträge usw. ob. Wohl mit Rücksicht auf diese Bestimmungen haben in den letzten Tagen viele Firmen, wie man uns klagt, die schriftliche Aufforderung an ihre „Hausarbeiter“ gerichtet, sich sofort zur Gewerbesteuer anzumelden; die Firma werde von nun an nur noch diejenigen selbständigen Arbeiter beschäftigen, die Gewerbesteuer zahlen. Aufforderungen dieser Art sind auch an solche selbständigen Hausgewerbetreibenden gesandt worden, bei denen es nach der geringen Höhe ihres Einkommens nicht im geringsten zweifelhaft sein kann, daß sie fortan der Krankenversicherungspflicht unterliegen. Unter anderem ist sogar einer Arbeiterfrau, die mit dem Mägen von Unterröden gewöhnlich nur 10 M. und höchstens 15 M. pro Woche verdient, zugemutet worden, sich entweder für gewerbesteuerpflichtig zu erklären oder die Arbeit zu verlieren. Die Firmen begründen ihre Aufforderung mit Bemerkungen, wie: „um den Unzuträglichkeiten zu entgehen“, oder: „um den Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen“. Eine Firma weist auch darauf hin, daß die Gewerbesteuer bedeutend billiger als die Beiträge zur Krankenversicherung sei. „Billiger“ ist sie vor allem auch für die Firma selber, da diese zur Gewerbesteuer nicht mit beitragen muß. Das Verschaffen der Unternehmer ist überhaupt nur von dem Standpunkte aus zu begreifen, daß sie es als vorteilhafter und bequemer ansehen, sich die ganze Sache vom Hals zu schaffen und sie auf die Hausgewerbetreibenden selber abzuwälzen. Die Angelegenheit ruft in den beteiligten Kreisen große Aufregung hervor.

Das finanzielle Ergebnis der Berliner Arbeiter-Krankenversicherung im Jahre 1900. Die Berliner Orts-, Betriebs- und Zimmungs-Krankenkassen haben im Jahre 1900 (in Klammern die Zahlen für das Jahr 1899) zusammen 12 055 807 (11 120 839) M. an Beiträgen und 209 527 (195 089) M. an Eintrittsgeldern verdient. Die gesamte Einnahme einschließlich durchlaufender Posten betrug 15 714 340 (14 132 328) M. Ausgegeben wurden für Arzthonorar 1 534 632 (1 335 196) M., für Arznei und sonstige Heilmittel 1 787 612 (1 749 375) M., Krankengelder 5 341 257 (5 069 456) M., Angehörigen-Unterstützung 145 634 (144 826) M., Wöchnerinnen-Unterstützung 152 506 (150 322) M., Sterbegelder 353 261 (329 721) M., für Arz- und Welpflegung in Krankenhäusern 1 865 364 (1 559 768) M. Die persönlichen Verwaltungskosten beliefen sich auf 672 778 (613 713) M., die sächlichen auf 230 605 (193 077) M. Die gesamte Ausgabe einschließlich durchlaufender Posten betrug 15 068 069 (13 583 027) M. Die Berechnung dieser Ausgaben pro Mitglied ergibt für Arzthonorar 3,12 (2,88) M., für Arznei und sonstige Heilmittel 3,63 (3,77) M., Krankengelder 10,55 (10,93) M., Angehörigen-Unterstützung 0,30 (0,31) M., Wöchnerinnen-Unterstützung 0,31 (0,32) M., Sterbegelder 0,72 (0,71) M., Arz- und Welpflegung in Krankenhäusern 3,79 (3,36) M., persönliche Verwaltungskosten 1,37 (1,32) M., sächliche Verwaltungskosten 0,45 (0,42) M. Eine Ermäßigung ist eingetreten bei den Kosten Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld, Angehörigen- und Wöchnerinnen-Unterstützung, eine Erhöhung bei den Kosten ärztliche Behandlung, Sterbegeld, Krankenhäuser-Verpflegung (um 43 M. pro Mitglied), persönliche und sächliche Verwaltungskosten. Das Vermögen der Berliner Orts-, Betriebs- und Zimmungs-Krankenkassen war bis Ende 1900 (bzw. Ende 1899) auf 10 109 118 (9 563 181) M. gestiegen. Der Zuwachs stellte sich im Jahre 1900 auf 545 936 M., während im Jahre 1899 203 Vermögen nur um 119 676 M. (ober im Jahre 1898 um 1 023 402 M.) zugenommen hatte. Die Reservefonds waren bis zum Jahreschluss auf 9 214 288 (8 662 328) M. angewachsen. Den gesetzlichen Reservefonds hatten Ende 1900 mehr als die Hälfte aller Kassen. Verschiedene Kassen haben im Berichtsjahre wieder Vermögenverluste durch weiteren Kursrückgang der zur Kapitalanlage benutzten Wertpapiere erlitten.

Das es Stiftungen giebt, die nicht in Anspruch genommen werden, sollte man nicht für möglich halten. Und doch besitzt die Stadt eine solche Stiftung in dem Gewerbe-Ausstellungs-Fonds. Diese Stiftung ist gegründet worden von dem Ertrage einer Ausstellung aus dem Jahre 1840. Die Zinsen sollen jährlich an 10 in Berlin geborene Gelehrte der bei der Ausstellung thätig gewesen 49 Gewerbe in Raten von 60 M. als Beihilfe zu ihrer weiteren gewerblichen Ausbildung verteilt werden. Das Vermögen der 1853 aufgelösten Kunst-, Wasser-, Schön- und Seiden-Färber-Innung wurde 1874 diesem Fonds überwiesen. Die Verwendungen um das Stipendium gehen nur sehr spärlich ein, jedoch ein nicht unbedeutender Teil der jährlichen Zinsen zum Kapital geschlagen werden mußte. Daß es in Berlin an Gewerbern fehlen sollte, ist kaum anzunehmen.

Alleerdings sind die den Gewerbern gestellten Bedingungen etwas umständlich. Diese „Gelehrten“ sollen nach dem Statut mit guten Zeugnissen versehen sein; Zeugnisse zu fordern ist heutigen Tages aber in Handwerker- und Arbeiterkreisen überhaupt nicht mehr üblich. Dann wird von den Gewerbern verlangt, daß sie wenigstens zwei Jahre in hiesigen Werkstätten gearbeitet haben sollen. Auch diese Bedingung ist, bei dem steten Wechsel der Verschäftigung zwischen Berlin und den Vororten, oft schwer zu erfüllen. Ferner werden laut Statut Färber vorgezogen; dieser Beruf hat heute aber in Berlin nicht einmal die Bedeutung wie zur Zeit, als die Stiftung gegründet wurde. Alle diese Umstände mögen dazu beitragen, daß der Gewerbs-Ausstellungsfonds nicht voll in Anspruch genommen wird.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 9. Januar d. J., nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Berichterstaltung über die Vorlagen, betreffend: die Festsetzung eines einheitlichen Sages für die Verpflegung von Minderjährigen, welche sich in

Fürsorge-Erziehung befinden, — den Erlaß von Reglements über die Ausführung der Fürsorge-Erziehung und die Verwaltung der städtischen Erziehungs- und Besserungsanstalten und den Einfluß der Krankenhauspflüge auf das Wahlrecht, — sowie über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Einräumung des Rechts für diejenigen, den Unterstützungswohnsitz in Berlin besitzenden Personen, im Fall einer Anstaltspflegetätigkeit die unentgeltliche Aufnahme in einem städtischen Krankenhaus zu verlangen. — Vorlagen, betreffend die zum Jahresabschluss der Haupt-Erzielungskasse für das Etatsjahr 1899 gestellten Anfragen, — den Neubau der Adalbertbrücke, — die Vermietung der Restaurationsräume auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof, — die Erwerbung des zur Freilegung der Straße 12, Abteilung XIV, erforderlichen eisenbahnschlüssigen Geländes.

In der Milch-Konferenz, welche im Amtsgebäude des Landwirtschafts-Ministeriums stattfand, wurde einzig über die Einführung einer neuen Polizei-Verordnung betreffend „den Verkehr mit Kuhmilch und Sahne“ verhandelt. Die Bestimmungen dieses polizeilichen Entwurfs bedien sich im wesentlichen mit der bisherigen Verordnung. Neu ist darin das Ausschneiden der Halbmilch, sodas hinfirt nur noch Voll- und Magermilch im Handel vorkommen und zwar soll Magermilch alles das sein, was unter 2,7 Proz. Fettgehalt enthält. Sahne muß mindestens 10 Proz. Fettgehalt aufweisen. Eine wesentliche, allgemein gut geheilene Bestimmung gestattet dem Milchhändler, auch Sonntags durch Offenhaltung von Fenstern für Lüftung seines Warenaumes zu sorgen. Während die Mitglieder der Konferenz über die Form und auffallende Größe, über die Inhaltsbezeichnung bei den Gefäßen einig waren — Magermilch wird in Zukunft durch ein Schild mit blauem Rand kenntlich sein —, wurde ein eudäusliches Resultat für Vollmilch nicht erzielt, da der Entwurf diese Milchsorte durch ein Schild mit der Bezeichnung „Markt-Milch“ kenntlich machen will. Die Milchhändler forderten die Beibehaltung der bisher üblichen Bezeichnung Vollmilch.

Ein Verkehrsregelungs-Versuch nach Londoner Muster wird gegenwärtig in der Königstraße vorgenommen, und wenn er sich bewähren sollte, an allen wichtigen Straßeneinkünften Berlins zur Einführung gelangen. Als Versuchspunkt ist die Ecke der König- und Reuen Friedrichstraße gewählt worden, woselbst der Wagenverkehr so stark ist, daß fortgesetzt Verkehrsstopps entstehen und die Fußwege sehr häufig einander selbst fahren. — Es sind hier in der König- und Reuen Friedrichstraße je zwei Schutzleute postiert, derartig, daß jeder Beamte die auf der rechten Seite des Straßenzuges fahrende Wagenreihe im Auge behält und ihren Verkehr regelt. Durch Handbewegungen werden die Autos angewiesen, je nach Bedarf schneller oder langsamer den Kreuzungspunkt zu besahren oder vor der Ecke zu halten, um die Fußwege des anderen Straßenzuges vorbeizulassen; ein Stillhalten innerhalb der Kreuzung selbst ist streng unteragt. Die Liebhaber, die gehen zum espiculose erfolgten, werden vorläufig durch Polizei-Offiziere und Wachmeister überwacht und geleitet. Schon der erste Versuchstag zeigte, daß diese Anordnung für das Verkehrsleben Berlins von Bedeutung sein wird, da Verkehrsstopps, die sich in der Königstraße oft bis zum Alexanderplatz resp. Finkenstraße erstrecken, verhindert wurden.

Alles ist vom Waldderf. Die für etwa 50 Säuglinge bestimmte Baracke im Waldderf ist jetzt vollendet. Das Gebäude ist aus imprägniertem Holz und steht vor der nach dem Park hin gelegenen Front des Altdorfplatzes in der Kürstlerstraße. Zur Erweiterung des Parks sind in dieser Straße noch die Häuser Nr. 23 und 24 angekauft worden. Ihre Fronten sind ebenfalls nach dem Waldderf, dem ehemaligen Jakobskirchhof, gerichtet. Den Park selbst als angenehmen Erholungsort für die Bewohner des Südwestviertels nach und nach umzugestalten, läßt sich der Magistrat ansetzen. Es sind aber noch mehrere größere ungenutzte alte Begräbnisplätze, wo schon lange Grabhügel und Denksteine verstreut sind, vorhanden, die das Parkbild sehr beeinträchtigen und auch sonst hinderlich sind. Die Petruskirche, als Patronat des ehemaligen Jakobskirchhofs, besitzt hier Legate der zur letzteren Gemeinde einst gehöriger Verstorbenen und weigert sich, die längst dem Erbboden im Laufe der Zeit gleichgemachten Grabstellen an die Stadt abzutreten. Aber auch von privater Seite wird viel dazu beigetragen, daß der Waldderf noch lange den Charakter eines Friedhofs beibehalten soll. Kürzlich wurde auf Anordnung der Behörde das Grab nebst Kreuz eines Kaufmanns Diller beseitigt. Bald aber trieb das Pietätsgefühl einen Verwandten des Verstorbenen auf den Kirchhof, wo er feststellen konnte, daß die letzten 30 Jahre, bis zu welchem Zeitraum der Befand der Gräber gesichert ist, noch nicht abgelassen waren. Die Pardeputation mußte Grab und Kreuz wieder in Stand setzen. Auch die Grabstätte und der Denkstein des verstorbenen Hof- und Notars Dahms wurde noch vor Ablauf der 30 Jahre, da der Platz sehr verdichtet war, entfernt. Auch hier erlitten ein Verwandter am verstorbenen Sonnabend und protestierte; er ließ es aber schließlich nur bei der Reklamation des Denksteins sein Verwenden haben. Eine Grabstelle, die die Promenade beeinträchtigte, war auch die Pyramide des einstmalig sehr bekannten Predigers Troschel an der Petruskirche. Sie ist nun verschwand, indem ein Verwandter des Verstorbenen, Verlagsbuchhändler Dr. Troschel in der Augsburgerstr. 4/5, das Denkmal seines Vaters auf dem Hofe des Grundstücks hat aufstellen lassen. Bei dem ehemaligen Jakobskirchhof, der bereits 1604 als Konnen- oder Petruskirchhof erwähnt wird, und von dem im Jahre 1866 mehrere Waisenhäuser abgezweigt wurden, sind noch einige merkwürdige „Ruinen“ erwähnenswert. Sie bilden gewissermaßen die Reste des Sommertheaters von dem ehemaligen Orphanen (jetziges Centraltheater), dessen Erbauer, Bente, bekanntlich das Establishement nach dem Muster der geschlossenen Lokalitäten Rabille zu Paris schuf. Noch jetzt sieht man vom Waldderf-Park aus Spuren der einstigen Wälle mit verwitterten Rekonstruktionen. Der Besitzer des Central-Theaters hat übrigens letzters diesen Teil seines Grundstückes vom Waldderf-Park aus befristet. An die hier grenzende Rauer gedenkt er mit Bewilligung des Magistrats eine Ausgangsstraße nach dem Park zu herstellen zu lassen, die bei einer etwa ausbrechenden Feuergefahr im Central-Theater in Betracht käme.

Das Befinden des Professors Dr. Rudolf Virchow ist den Umständen angemessen heute vorzüglich. Der Patient war fieberfrei und bei ausgezeichneter Laune.

In den preussischen Staatsverband wurden im Jahre 1900/01 in Berlin 189 Personen aufgenommen. Unter diesen befanden sich 70 Ausländer, die naturalisiert wurden. Von diesen 70 naturalisierten Personen waren ihrer Nationalität nach: 41 Oesterreicher, 10 Russen, 6 ehemalige Preussen, 4 Amerikaner, 2 Schweizer, 2 Schweden, 1 Ungar, 1 Niederländer, 4 Ausländer ohne Staatsangehörigkeit, 2 Engländer, 3 Dänen, 1 Franzose und 1 Grieche. Von den 94 beantragten Naturalisationen wurden 13 auf das nächste Jahr übertragen, 6 anderweitig erledigt und 1 nicht befürwortet, während alle übrigen nicht befürwortet wurden.

Ein eigentümlicher Entlassungsgrund. Es war an einem nachtlichen Abend die vergangen Jahres, als der Wagenführer Hohn einen elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Marxineckplatz-Gesundbrunnen fuhr. In der Lindenstraße nahm er auf einen Augenblick die Hand von der Lenkstange, um, mit dem Gandraußen am Mantel herunterstreichend, die vom Regen naß gewordene Hand sächlich zu trocknen. Das verfußt gegen die Anweisung des Wagenführers, und ein auf dem Bordperron stehender Polizeilieutenant machte ihm deshalb Vorhaltungen. Hohn erwiderte nichts. Er verfußt Schweigen seinen Dienst, und als der Polizeilieutenant während der Weiterfahrt noch vernehmlich auf den Wagenführer einredete, verwies dieser

den Beamten auf die am Wagen angebrachte Aufschrift: „Die Unterhaltung mit den Fahrgästen ist dem Wagenführer streng untersagt.“ Nachdem dieser Hinweis den gewünschten Erfolg nicht herbeigeführt hatte, hielt Hohn den Wagen an, rief durch ein Glockensignal den Chauffeur herbei, und ersuchte ihn, die Entfernung des Polizeilieutenant's vom Bordperron zu bewirken, da ihn (den Wagenführer) das fortwährende Einreden des Beamten derart verwirre, daß er nicht im Stande sei, unter solchen Umständen seinen verantwortungsvollen Dienst zu versehen. Der Chauffeur kam dem Ersuchen des Wagenführers nach, umso mehr, als zwei Fahrgäste die Angaben des Führers bestätigten und sich ihm als Zeugen für etwaige weitere Folgen des Vorgangs anboten. Der Polizeilieutenant leistete der Aufforderung des Chauffeurs, den Bordperron zu verlassen, Folge und sagte dabei zu dem Wagenführer: Das werde ich Ihnen anstreichen! — Es ist und nicht bekannt, ob der Polizeilieutenant in dieser Angelegenheit noch irgend welche Schritte gethan hat. Hohn aber, der noch nicht fest angestellt war, wurde seit jenem Vorgang nicht mehr beschäftigt, er ist 14 Tage später ohne Angabe eines Grundes ersichtlich entlassen worden und hat auch bis jetzt keine andere Beschäftigung finden können.

So hat also die Direktion der Straßenbahn dem Polizeilieutenant — wir nehmen an, ohne sein Zutun — eine Genugthuung bereitet, indem sie auf die schwerste Art den Führer bestrafte, der doch nichts andres gethan hat, als daß er sich in legaler Weise von einem Fahrgast befreien ließ, durch den er sich in der Ausübung seiner schweren Funktion gestört fühlte.

Die vier Opfer des Hämorrhoidendramas in der Oranienstraße 201, das Urmörder Plekische Ehepaar und seine beiden Söhne Alois und Richard wurden gestern vormittag um 9 1/2 Uhr auf städtische Kosten auf dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde beerdigt. In der Beerdigung nahmen nur zwölf der Verwandten, sieben Frauen und fünf Männer, teil, die jeden Sarg mit fünf Kränzen geschmückt hatten. Ein Geistlicher erschien nicht. Plekisch war latholisch, seine Frau evangelisch, und die beiden Söhne nicht getauft. In dem Befinden des dritten Sohnes Erwin, der im Krankenhaus am Urban liegt und anfangs nur leicht vermindert zu sein schien, ist eine Verschlimmerung eingetreten. Die Aerzte befürchten, daß der Knabe auf dem rechten Auge erblinden werde.

Ein schwerer Straßenbahn-Unfall hat sich in der gestrigen Nacht ereignet. Der 22jährige Stenograph Eduard Jermar, in der Kurzstraße wohnhaft, verließ gegen Mitternacht, als er aus Belegen zurückkehrte, auf dem Alexanderplatz den elektrischen Straßenbahn-Wagen und lief direkt in einen von entgegengesetzter Seite kommenden Wagen hinein. Der Bedankenswerte wurde überfahren und lebensgefährlich verletzt. Auf der Unfallstation in der Keibelstraße wurden mehrere Arm- und Rippenbrüche und außerdem ein Schädelbruch festgestellt. Im Krankenhaus wurde der Verunglückte nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt.

Zum zweitenmal ist ein Einbruch in der Nacht vom Sonntag zum Montag in der Verkaufsstelle Chorinstr. 46/47 des Konsumvereins Berlin Nord verübt worden. Diesmal nahm der Dieb seinen Weg durch den Keller; bares Geld fand er nicht vor, dafür entwendete er Butter, Dattler und Cigarren im Werte von 125 M.

Durch Abspringen von der elektrischen Straßenbahn ist leider schon wieder ein Unfall zu verzeichnen. Der Polizeiarzt, Sanitätsrat Dr. Hamburger, Reue Königstr. 31, hat eine nicht unbedeutende Verletzung am Kopf und am rechten Arm erlitten. Er erfuhr auf der Unfallstation die erste Behandlung und sieht in seiner Wohnung seiner Wiederherstellung entgegen, die allerdings, nach Lage der Sache, einige Zeit dauern dürfte.

Wegen Sittenvergehens ist der Arbeiter Franz Latomingsold aus der Stromstraße verhaftet worden. Er soll sich an drei Mädchen im Alter von 7 bis 11 Jahren vergangen haben.

Die Vetsicherung eines Straßenbahnwagens der Linie Kreuzberg-Schönholz brannte am Montagmorgens in der Brunnenstraße durch. Eine große Flamme schlug in das Innere des Wagens und alle Fahrgäste drängten dem Ausgange zu. Der Kaufmann Friedrich Huchhansen aus Rixdorf, der in der Aufregung eine der großen Scheiben zerbrach, erlitt mehrere Verletzungen an der rechten Hand. Einem andern Fahrgast wurden die Kleider verengt.

In einer Drohke erschof sich gestern der Rechtsanwalt Justizrat Eugen Kallmann, der Kaspar Drehsstraße Nr. 13/15 in der Kolonie Grunewald wohnte und sein Bureau in der Leipzigerstraße Nr. 11 hatte. Er war seit elf Jahren am Landgericht I thätig und beschäftigte in seinem Bureau einen Vorleser und fünf Schreiber. Gestern vormittag verabschiedete er sich in seinem Bureau von seinen Angestellten in seiner gewohnten Weise, ohne daß man ihm etwas Besonderes anmerkte, und fuhr nach Hause. Später verließ er seine Wohnung, nahm eine Drohke und beauftragte den Kutscher, nach der Friedenstraße zu fahren, wo zwei Schwefelern von ihm wohnen, die Lehreerinnen sind. Als der Kutscher dort ankam und den Wagenschlag öffnete, sah er seinen Fahrgast tot auf dem Vorderstuh liegen. Er hatte sich mit einem neben ihm liegenden Revolver erschossen. Der Kutscher hatte kurz vorher wohl einen Knall gehört, aber sich dabei nichts gedacht. Als sich um den haltenden Wagen Menschen versammelten, kamen die beiden Lehreerinnen auf den Balkon des Hauses. Die Kernisten erfuhren dann, daß sich ihr Bruder als Leiche in der Drohke befand. Die Veranlassung zu dem Selbstmord hatte ein Revolvereigen geben. Justizrat Kallmann war verheiratet und Vater eines Sohnes, der Jura studiert, sowie zweier Töchter, von denen eine noch schulpflichtig ist.

Von einem Fahrers erschlagen wurde der 27 Jahre alte Bierbrauer Paul Siebert aus der Stendalerstr. 4, der in der Abteilung Moabit der Bahrenhofer Brauerei beschäftigt war. Siebert war beim Wässeln beschäftigt, als von einem großen Hof ein Reifen sprang. Ein Stein flog ihm an den Kopf und zertrümmerte ihm den Schädel. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Heusenburgerstraße gebracht, wo er an den Folgen der Verletzung nach kurzer Zeit starb. Er hinterläßt eine Witwe, der zu einem zweiwährigen Kinde in der nächsten Zeit ein Zuwachs bevorsteht.

Eine Falschmünzbande ist am Sonntag von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Vor einiger Zeit verfußtete sich, wie damals an anderer Stelle berichtet wurde, in Kastrin ein unbekannter Mann, nachdem man ihn wegen Herausgabe falscher Zweimarkstücke mit einem gewissen Finke zusammen gefangen hatte. Finke wollte seinen Begleiter nicht kennen, man schickte daher eine Photographie der Leiche an die Berliner Kriminalpolizei, und diese erkannte in dem Toten einen gewissen Friedrich, der wegen Münzvergehens schon mehrfach mit den Strafbehörden zu thun gehabt hatte. Die Kriminalpolizei wußte, daß Finke und Friedrich mit einem Schuhmacher Bernhard Kaifer aus der Holzmarktstraße und einem früheren Händler Franz Kubia! verkehrt hatten. Diese beiden stehen in dem dringenden Verdacht, irgendwo eine Werkstatt zu besitzen, wo die Falschmünzherstellung geschieht. Sie haben es aber immer noch so einzurichten gewußt, daß man sie unter Vermeidung falschen Geldes, nicht wegen des Verbrechens der Herstellung belangen konnte. Gleich Finke und Friedrich verschwanden sie auch zeitweilig aus Berlin, um die Provinz mit ihren Falschmünzstätten zu besüßeln. Die Festnahme der beiden Männer in Kastrin legte die Vermutung nahe, daß ihre mutmaßlichen Lieferanten in Berlin wieder an der Arbeit gewesen seien. Kaifer und Kubia! wurden daher längere Zeit beobachtet und gestern in der Holzmarktstraße verhaftet. Es gelang aber auch diesmal nicht, Belastungsmaterial, das zur Verurteilung wegen Anfertigung des falschen Geldes ausreichte, zu er-

